

# Externe Evaluation der Digitalen Verwaltung Schweiz Evaluationsbericht

29.01.2025

Auftraggeberin:  
Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)  
Haus der Kantone  
Speichergasse 6  
3003 Bern

# Zusammenfassung

## Ausgangslage und Auftrag

Zur Steuerung der digitalen Transformation der Verwaltung haben Bund und Kantone im Jahr 2022 die «Digitale Verwaltung Schweiz» (DVS) geschaffen. Die DVS ist heute als politische Plattform ausgestaltet, welche die digitale Transformation zwischen und innerhalb der drei Staatsebenen koordinieren, gemeinsame Projekte fördern und die Mitsprache und Mitgestaltung der Gemeinwesen ermöglichen soll.

Bund und Kantone haben einen etappenweisen Aufbau der DVS vorgesehen. Die drei Etappen unterscheiden sich bezüglich der Mandatsbreite, der Verbindlichkeit der Entscheide und der rechtlichen Struktur.

- **Etappe 1:** Politische Plattform mit Standardentwicklung (**aktuelle Etappe**);
- **Etappe 2:** Politische Plattform mit verbindlicher Standardsetzung;
- **Etappe 3:** Hoheitlicher Akteur mit verbindlicher Entscheidungskompetenz im gesamten Mandatsrahmen.

In der öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz (RV DVS) wurde festgehalten, dass die DVS bis spätestens 2026 die Entscheidungsgrundlagen für die allfällige institutionelle Weiterentwicklung der DVS in Richtung Etappe 2 zu unterbreiten hat.<sup>1</sup> Im Auftrag des politischen Führungsgremiums (PFG) der DVS soll die vorliegende Evaluation eine fachliche Analyse in Bezug auf drei Schlüsselfragen bieten:

1. **Leistungsausweis (Status quo):** Inwieweit hat die DVS als Zusammenarbeitsorganisation ihren Auftrag gemäss der RV DVS im Rahmen des institutionellen Status quo bisher erfüllen können?
2. **Optimierungspotenzial im bestehenden institutionellen Rahmen (Status quo +):** Welche Verbesserungen sind im bestehenden institutionellen Rahmen (u.a. Verfassung, Gesetze, RV DVS) zur Erfüllung der von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam gesetzten Ziele zur digitalen Transformation der Verwaltung möglich und erforderlich?
3. **Weiterentwicklungsbedarf des institutionellen Rahmens:** Welche grundlegenden institutionellen Anpassungen (insb. verbindliche Standardsetzung) sind notwendig, um die gemeinsam gesetzten Ziele zu erreichen?

Die vorliegende Evaluation soll als fachliche Grundlage für den politischen Meinungsbildungsprozess dienen, in dessen Rahmen bis zum 2. Quartal 2025 die notwendigen Ergebnisse erarbeitet werden. Diese sollen dem Bundesrat und der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) als konsolidierte und breit abgestützte Entscheidungsgrundlage dienen. Eine Prüfung der organisatorischen und staatsrechtlichen Ausgestaltung einer verbindlichen Standardsetzung ist nicht Teil der vorliegenden Evaluation. Um die Unabhängigkeit zu gewährleisten, wurde eine externe Dienstleisterin (Deloitte Consulting AG) mit der Gestaltung und Durchführung der Evaluation beauftragt.

Die Evaluation stützt sich auf eine breit abgestützte Erhebung in Form von einer Umfrage und Gesprächen die verschiedene Perspektiven auf die Zusammenarbeitsorganisation DVS ermöglichen. Diese umfassen eine fachliche Innensicht der DVS (Führungsgremien, Delegierte aller Staatsebenen und der Geschäftsstelle), eine sektorielle-institutionelle Aussensicht (Departemente der Bundesverwaltung, Bundeskanzlei, Staatsschreiberkonferenz und Direktorenkonferenzen) sowie eine operative Aussensicht (Verein eCH und eOperations AG).

## Leistungsausweis

Die DVS erfüllt in der heutigen Form grundsätzlich ihren Auftrag gemäss RV DVS. Der Mehrwert der DVS für die Gemeinwesen wird jedoch bisher nur bedingt wahrgenommen.

Die DVS wird von allen Gemeinwesen als notwendig für die Erfüllung der von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gesetzten Ziele<sup>2</sup> zur digitalen Transformation der Verwaltung erachtet. Zur Zielerfüllung wird der weitere Handlungsbedarf weiterhin als hoch bewertet. Zugleich bekennen sich die Gemeinwesen zu den bestehenden Zielen: Es wurde kein Bedarf nach einer Fokussierung auf einzelne Ziele oder einer Erweiterung der bestehenden Ziele identifiziert.

Die DVS konnte bereits in zwei wichtigen Aufgaben<sup>3</sup> dem klaren Bekenntnis der Gemeinwesen zu den Zielen der digitalen Transformation der Verwaltung gerecht werden: Bereits heute leistet die noch junge Zusammenarbeitsorganisation einen hohen Mehrwert bei der «Festlegung eines gemeinsamen Zielbildes» sowie bei der «Identifikation und dem Ausbau von Basisdiensten». Zudem wird die Zusammenarbeit der Gemeinwesen in der DVS sowie die Ermöglichung von Mitsprache und Mitgestaltung als grundsätzlich positiv beurteilt.

<sup>1</sup> Vgl. Ziffer 2, Abs. 8 öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz, 29. Dezember 2021, Generalsekretariat EFD, verfügbar unter: <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2021/3030/de>.

<sup>2</sup> Bund, Kantone, Städte und Gemeinden haben in der Strategie DVS 2024–2027 sechs strategische Schwerpunkte als Ziele für die digitale Transformation der Verwaltung definiert (vgl. Kapitel 3.1).

<sup>3</sup> Die DVS hat gemäss ihrem Leistungsauftrag neun übergeordnete Aufgaben (vgl. Kapitel 3.2).

In den weiteren Aufgaben erfüllt die DVS heute noch nicht die Erwartungen der Gemeinwesen. Die DVS wird auf allen Staatsebenen und in allen sektoriellen Politikbereichen mehrheitlich als nur wenig bis teilweise präsent wahrgenommen. Diese eher geringe Präsenz der DVS spiegelt sich in einer bisher moderaten Erfüllung ihrer Förderungs- und Abstimmungsrollen wider, einschliesslich der Förderung der Standardsetzung. Insbesondere auf kantonaler Ebene werden die heutigen Aktivitäten der DVS in diesem Bereich als zu wenig systematisch, zu wenig transparent und mit einem aktuell noch eher geringen Mehrwert für die akuten Bedürfnisse der Gemeinwesen eingeschätzt. Zugleich hat die Evaluation ein fehlendes gemeinsames Verständnis zur Definition von Standards offenbart. Mit Blick auf die Standardsetzung herrscht vor allem Unklarheit, welche Standardarten (z.B. Datenstandards, Standards im Bereich Infrastruktur, Basisdienste oder Fachanwendungen) und welche Interoperabilitätsebenen (z.B. semantische, technische, organisatorische oder rechtliche Interoperabilität) den grössten Mehrwert für die Zielerfüllung bieten und daher im Fokus der DVS stehen sollten.

In Anbetracht der Breite und Komplexität der bestehenden Aufgaben der DVS wird auf allen Staatsebenen das Risiko einer Verzettlung der noch jungen Organisation gesehen. Diese Wahrnehmung spiegelt sich auch in der Bewertung der Rollen der bestehenden Gremien der DVS (insb. Delegiertenversammlung) wider, die für die Gemeinwesen teilweise unklar sind und noch nicht den erhofften Mehrwert zur Zielerreichung liefern.

### **Optimierungspotenzial im bestehenden institutionellen Rahmen**

Die Evaluation hat gezeigt, dass die fachlichen Erwartungen der Gemeinwesen an die DVS bereits heute über ihren Auftrag gemäss RV DVS als politische Plattform zur Koordination der digitalen Transformation der Verwaltung hinausgehen. Die Gemeinwesen sehen ungeachtet von der heutigen Leistungserfüllung grosses Potenzial in den meisten Aufgaben der DVS, die digitale Transformation der Verwaltung wirkungsvoll voranzutreiben. Dahingehend besteht über alle Staatsebenen hinweg der Bedarf und Wunsch an die DVS, eine stärkere strategische Steuerungsrolle in der digitalen Transformation der Verwaltung zu übernehmen<sup>4</sup>, die über das heutige Verständnis hinausgeht. Dies umfasst ein proaktiveres Rollenverständnis der DVS als Zusammenarbeitsorganisation mit Fokus auf Schlüsselbereiche, um auf Basis von systematischen Bedarfsanalysen der Gemeinwesen die Initialisierung, Planung und Steuerung von Projekten und Initiativmassnahmen voranzutreiben. Dazu wird ebenfalls ein stärker strategisch ausgerichteter Einsatz von finanziellen Fördermitteln gefordert.

Zur Erfüllung der fachlichen Erwartungen der Gemeinwesen sind weitere Optimierungen im bestehenden institutionellen Rahmen möglich und erforderlich. Dies umfasst insbesondere eine strategische Fokussierung der DVS auf ausgewählte Aufgaben, in denen ein hohes zukünftiges Potenzial für die DVS besteht, die digitale Transformation der Verwaltung wirkungsvoll voranzutreiben. Zugleich hat die Evaluation unterschiedliche Verständnisse von Standardsetzung und Standardarten aufgezeigt, die es gemäss der Fachebene zu definieren und harmonisieren gilt. Die DVS sollte sich primär auf die technische (z.B. Schnittstellenspezifikation, Datenintegration, Datenpräsentation, Kommunikationsprotokolle und IT-Architektur) und semantische Standardisierung (z.B. Definitionen, Informationsmodelle und Syntaxregeln) sowie auf die Förderung der rechtlichen Interoperabilität (z.B. rechtliche Grundlagen für Nutzung, Speicherung, Lizenzmodelle und Sicherheit von Daten) in den Bereichen Basisdienste und Daten fokussieren. Diese bieten den grössten Mehrwert für die Gemeinwesen und haben eine strategische Hebelwirkung für die digitale Transformation der Verwaltung. Neben einer fachlichen Schärfung ist eine systematischere Vorgehensweise in der Standardsetzung erforderlich: Bedürfnisse und Anforderungen müssen über alle Staatsebenen hinweg systematisch erhoben werden; akuter Standardisierungsbedarf muss identifiziert und in strategisch relevanten Bereichen durch die DVS in Abstimmung mit dem Verein eCH sowie der eOperations Schweiz AG adressiert und transparent kommuniziert werden.

Weiteres Optimierungspotenzial umfasst die Schärfung der teilweise unklaren Rollen und Aufgaben der Organe innerhalb der DVS sowie in der Zusammenarbeit mit den Fachorganisationen. Für eine systematischere Vorgehensweise in der Standardsetzung ist eine Anpassung der Aufgaben, fachlichen Zusammensetzung sowie Arbeitsweisen der Geschäftsstelle allenfalls erforderlich. Mit Blick auf die Fachorganisationen (insb. Verein eCH) ist die Aufgabenteilung und Zusammenarbeit in der Standardsetzung zu schärfen. Die Erfüllung des Bedarfs und Wunsches der Gemeinwesen nach einer stärkeren strategischen Steuerungsrolle der DVS würde den Anpassungsbedarf bei der Zusammenarbeit der Gremien der DVS sowie bei der Zusammenarbeit mit den Fachorganisationen zusätzlich erhöhen, insbesondere in Bezug auf die Meinungsbildungsprozesse und die fachliche Zusammensetzung der Delegiertenversammlung, Geschäftsstelle und Gremien.

Basierend auf dem Leistungsausweis und dem Optimierungspotenzial wurden fünf Handlungsfelder identifiziert, die nach aktuellem Wissensstand im bestehenden institutionellen Rahmen der DVS umgesetzt werden können mit allenfalls punktuellen Anpassungen oder Ergänzungen der RV DVS:

**H1: Proaktives Rollenverständnis für eine strategische Steuerung der digitalen Transformation der Verwaltung**

**H2: Strategische Fokussierung auf Aufgaben mit hohem zukünftigem Potenzial**

---

<sup>4</sup> Der Wunsch nach einer strategischen Steuerung auf föderaler Ebene wurde bereits in den Erkenntnissen des Berichtes zum Abschluss der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 erwähnt.

- H3: **Fachliche Fokussierung auf technische und semantische Standardisierung sowie auf die Förderung der rechtlichen Interoperabilität in den Bereichen Basisdienste und Daten**
- H4: **Systematischer und partizipativer Ansatz in der Standardsetzung**
- H5: **Schärfung der Rollen, Aufgaben und Zusammenarbeit der Gremien**

### **Weiterentwicklungsbedarf des institutionellen Rahmens**

Zusätzlich zum Optimierungspotenzial hat die Evaluation einen grundlegenden institutionellen Weiterentwicklungsbedarf gezeigt.

Gemäss der Umfrage und den Gesprächen auf allen Staatsebenen besteht der Wunsch und Bedarf nach verbindlichen Standards für alle Gemeinwesen. Zugleich ist die Ablehnung von verbindlichen Standards über alle Staatsebenen hinweg äussert gering. Die Initiierung der politischen Meinungsbildung für eine verbindliche Standardsetzung wird daher aus fachlicher Sicht der Gemeinwesen in einem weiteren Handlungsfeld empfohlen:

#### **H6: Initiierung politische Meinungsbildung für eine verbindliche Standardsetzung**

Unabhängig von der organisatorischen und staatsrechtlichen Ausgestaltung einer verbindlichen Standardsetzung hat die Evaluation auch Abhängigkeiten zu weiteren Handlungsfeldern (H3, H4) aufgezeigt. Dies umfasst einerseits ein gemeinsames Verständnis von Standards sowie die Fokussierung der Standardsetzung auf diejenigen Standardarten mit dem grössten Mehrwert für die Zielerreichung, insbesondere technische und semantische Standards in den Bereichen Basisdienste und Daten (H3). Andererseits knüpfen viele Teilnehmende ihre Zustimmung für eine verbindliche Standardsetzung an einen transparenten und systematischen Einbezug der Gemeinwesen (H4). Die Umsetzung von H3 und H4 kann und soll gemäss den Gemeinwesen unabhängig von einer allfälligen verbindlichen Standardsetzung verfolgt werden.

Abhängig von der organisatorischen und staatsrechtlichen Ausgestaltung einer verbindlichen Standardsetzung besteht weiterer Anpassungsbedarf der RV DVS zur institutionellen Weiterentwicklung der Rollen und Aufgaben der DVS als Zusammenarbeitsorganisation sowie deren Gremien zusätzlich zum bestehenden Optimierungspotenzial (H5). Eine Prüfung der organisatorischen und staatsrechtlichen Ausgestaltung ist jedoch nicht Teil der vorliegenden Evaluation.

# Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
Ausgangslage und Auftrag	3
Leistungsausweis	3
Optimierungspotenzial im bestehenden institutionellen Rahmen	4
Weiterentwicklungsbedarf des institutionellen Rahmens	5
Inhaltsverzeichnis	6
Abbildungsverzeichnis	7
Tabellenverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	8
1 Ausgangslage	9
1.1 Ziele der Evaluation	9
1.2 Fokus und Eingrenzungen der Evaluation	10
2 Methodik	11
2.1 Anspruchsgruppen und Perspektiven	11
2.2 Evaluationsinstrumente	11
2.3 Teilnehmende	12
2.4 Auswertung	13
3 Ergebnisse	14
3.1 Ziele	14
3.1.1 Leistungsausweis	14
3.1.2 Optimierungspotenzial	16
3.1.3 Institutioneller Weiterentwicklungsbedarf	17
3.2 Aufgaben	18
3.2.1 Leistungsausweis	19
3.2.2 Optimierungspotenzial	22
3.2.3 Institutioneller Weiterentwicklungsbedarf	25
3.3 Standardsetzung und Verbindlichkeit	26
3.3.1 Leistungsausweis	26
3.3.2 Optimierungspotenzial	27
3.3.3 Institutioneller Weiterentwicklungsbedarf	29
3.4 Zusammenarbeit und Ressourcen	31
3.4.1 Leistungsausweis	31
3.4.2 Optimierungspotenzial	33
3.4.3 Institutioneller Weiterentwicklungsbedarf	34
4 Handlungsfelder	35
4.1 Bilanz Leistungsausweis	35
4.2 Handlungsfelder Optimierungspotenzial	36
4.3 Handlungsfelder institutioneller Weiterentwicklungsbedarf	37
Anhang	38

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ziele für die digitale Transformation der Verwaltung	14
Abbildung 2: Bewertung Notwendigkeit der DVS zur Erfüllung der von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam gesetzten Ziele	15
Abbildung 3: Bewertung Mehrwert der DVS zur Erfüllung der von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam gesetzten Ziele	15
Abbildung 4: Präsenz der DVS bei der Innen- und Aussensicht	16
Abbildung 5: Weiterer Handlungsbedarf zur Erfüllung der von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam gesetzten Ziele	16
Abbildung 6: Aufgaben der DVS	19
Abbildung 7: Aufgaben der DVS dargestellt basierend auf heutigem Mehrwert	20
Abbildung 8: Aufgaben der DVS basierend auf heutigem Mehrwert pro Staatsebene	21
Abbildung 9: Heutiger Mehrwert und zukünftiges Potenzial der bestehenden Aufgaben der DVS	23
Abbildung 10: Aufgaben der DVS basierend auf zukünftigen Potenzial pro Staatsebene	24
Abbildung 11: Beurteilung Aufgabenerweiterung	25
Abbildung 12: Interoperabilitätsebenen basierend auf dem europäische Interoperabilitätsrahmen	27
Abbildung 13: Mögliche Fokussierung der DVS in der Standardsetzung auf die Interoperabilitätsebenen	27
Abbildung 14: Arten von Standards zur Förderung der Interoperabilität	28
Abbildung 15: Mögliche Fokussierung der DVS in der Standardsetzung	28
Abbildung 16: Verbindliche Standards für den Vollzug von Bundesrecht	29
Abbildung 17: Verbindliche Standards für den Vollzug von kantonalem und kommunalem Recht	30
Abbildung 18: Zusammenarbeit innerhalb der DVS	31
Abbildung 19: Rollenverständnis und Mehrwert der Zusammenarbeit	32
Abbildung 20: Einsatz der finanziellen Mittel	33
Abbildung 21: Übersicht Themenblöcke Umfrage	39
Abbildung 22: Evaluationsmatrix: Themenblöcke Umfrage und Evaluationsbericht	40

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Anspruchsgruppen und Perspektiven	11
Tabelle 2: Evaluationsinstrumente	11
Tabelle 3: Teilnahmequote Umfrage	12
Tabelle 4: Anteile von Rückmeldungen der jeweiligen Staatsebenen bzw. Organisationsformen der Umfrage	12
Tabelle 5: Übersicht Gespräche (Explorativ, Vertiefung, Sondierung)	13

## Abkürzungsverzeichnis

BJ	Bundesamt für Justiz
DVS	Digitale Verwaltung Schweiz
EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
GS	Generalsekretariat
GS DVS	Geschäftsstelle DVS
KdK	Konferenz der Kantonsregierungen
OFG	Operatives Führungsgremium
PFG	Politisches Führungsgremium
RV	Rahmenvereinbarung
SGV	Schweizerischer Gemeindeverband
SIK	Schweizerische Informatikkonferenz
SSV	Schweizerischer Städteverband



# 1 Ausgangslage

Die seit dem 1. Januar 2022 bestehende Zusammenarbeitsorganisation «Digitale Verwaltung Schweiz» (DVS) unter der Leitung von Peppino Giarritta, Beauftragter von Bund und Kantonen für die DVS, fördert die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen durch gemeinsame Projekte von Bund, Kantonen und Gemeinden. Sie ist als politische Plattform ausgestaltet, führt gemeinsame Projekte der drei Staatsebenen durch und entwickelt mit dem Verein eCH gemeinsame Standards. Derzeit hat die DVS keine Kompetenzen, verbindliche Regelungen für die Gemeinwesen zu erlassen.

Bund und Kantone haben einen etappenweisen Aufbau der DVS vorgesehen. Die Etappen unterscheiden sich bezüglich der Mandatsbreite, der Verbindlichkeit der Entscheide und der rechtlichen Struktur. Der Schlussbericht «Digitale Verwaltung: Projekt zur Optimierung der bundesstaatlichen Steuerung und Koordination» vom Oktober 2019 beschreibt als Ausgangspunkt drei Etappen:

- **Etappe 1:** Politische Plattform mit Standardentwicklung (**aktuelle Etappe**);
- **Etappe 2:** Politische Plattform mit verbindlicher Standardsetzung;
- **Etappe 3:** Hoheitlicher Akteur mit verbindlicher Entscheidungskompetenz im gesamten Mandatsrahmen.

Nach der Umsetzung jeder Etappe soll jeweils eine Überprüfung des Erreichten und eine politische, fachliche und rechtliche Risikoanalyse der weiteren Entwicklung erfolgen. Entsprechend wurde in der RV DVS festgehalten, dass die DVS bis spätestens 2026 die Entscheidungsgrundlagen für die allfällige institutionelle Weiterentwicklung der DVS in Richtung politische Plattform mit verbindlicher Standardsetzung zu unterbreiten hat.<sup>5</sup>

Der Bundesrat beauftragte das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD), in Zusammenarbeit mit der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und unter Einbezug des Bundesamts für Justiz (BJ) des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD), die rechtlichen, insbesondere verfassungsrechtlichen, Rahmenbedingungen und den Rechtsetzungsbedarf für eine Umsetzung der Etappen 2 und 3 zu ermitteln. Es wurden verschiedene Varianten erarbeitet sowie deren Vor- und Nachteile besprochen.

Eine Analyse der Situation von Ende 2023 durch das EFD (GS), in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat der KdK und unter Einbezug des EJPD (BJ), hat ergeben, dass eine fachliche Grundlage für einen fundierten Variantenentscheid notwendig ist und dafür die in der öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz (RV DVS)<sup>6</sup> vorgesehene Evaluation der DVS durchzuführen ist.

## 1.1 Ziele der Evaluation

Der vorliegende Evaluationsbericht soll dem politischen Führungsgremium (PFG)<sup>7</sup> der DVS eine fachliche Analyse in Bezug auf drei Schlüsselfragen bieten: Einerseits wird der Leistungsausweis und das Optimierungspotenzial im bestehenden institutionellen Rahmen untersucht, andererseits der Bedarf an einer institutionellen Weiterentwicklung beleuchtet.

1. **Leistungsausweis (Status quo):** Inwieweit hat die DVS als Zusammenarbeitsorganisation ihren Auftrag gemäss der RV DVS im Rahmen des institutionellen Status quo bisher erfüllen können?
2. **Optimierungspotenzial im bestehenden institutionellen Rahmen (Status quo +):** Welche Verbesserungen sind im bestehenden institutionellen Rahmen (u.a. Verfassung, Gesetze, RV DVS) zur Erfüllung der von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam gesetzten Ziele zur digitalen Transformation der Verwaltung möglich und erforderlich?
3. **Weiterentwicklungsbedarf des institutionellen Rahmens:** Welche grundlegenden institutionellen Anpassungen (insb. verbindliche Standardsetzung) sind notwendig, um die gemeinsam gesetzten Ziele zu erreichen?

Um die Unabhängigkeit der Evaluation zu gewährleisten, soll diese von einem externen Dienstleister gestaltet und durchgeführt werden. Als externe Evaluatorin wurde die Firma Deloitte Consulting AG ausgewählt. Die fachliche Evaluation dient als Grundlage für den politischen Meinungsbildungsprozess, in dessen Rahmen bis Dezember 2025 die notwendigen Ergebnisse erarbeitet werden. Diese sollen dem Bundesrat und der KdK als konsolidierte und breit abgestützte Grundlage für einen Variantenentscheid dienen.

<sup>5</sup> Vgl. Ziffer 2 Abs. 8 öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz, 29. Dezember 2021, Generalsekretariat EFD, verfügbar unter: <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2021/3030/de>.

<sup>6</sup> Vgl. Ziffer 4.6 öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz, 29. Dezember 2021, Generalsekretariat EFD, verfügbar unter: <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2021/3030/de>.

<sup>7</sup> Das politische Führungsgremium der Digitalen Verwaltung Schweiz ist verantwortlich für die Erarbeitung der Strategie und die Erreichung der darin festgelegten Ziele.

## 1.2 Fokus und Eingrenzungen der Evaluation

Zur Schärfung des Fokus der Evaluation wurden auf Basis der Zielsetzung folgende Schwerpunkte gewählt und Eingrenzungen vorgenommen:

### **Fachlicher Fokus der Evaluation**

Die Evaluation liefert die fachlichen Grundlagen für den politischen Meinungsbildungsprozess bezüglich einer allfälligen Optimierung und institutionelle Weiterentwicklung der föderalen Zusammenarbeit<sup>8</sup> im Kontext der DVS. Die Auswahl der einbezogenen Anspruchsgruppen (vgl. Kapitel 2.1) und der thematische Fokus der Leitfragen folgen diesem fachlichen Fokus. Der Evaluationsbericht bildet entsprechend nur die fachliche Perspektive ab. Um mögliche Themenkorridore im politischen Meinungsbildungsprozess zu antizipieren und die politische Würdigung der Evaluationsergebnisse vorzubereiten, wurden in Ergänzung zur eigentlichen Evaluation Sondierungsgespräche mit einzelnen Mitgliedern des PFG durchgeführt (vgl. Kapitel 2.3).

### **Fokus auf den Gemeinwesen**

Der Fokus der Evaluation liegt auf den Gemeinwesen auf Stufe Bund, Kantone, Städte und Gemeinden. Weitere Anspruchsgruppen, wie z.B. Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit, Parlamentarierinnen und Parlamentarier oder Datenschutzbehörden, sind nicht Teil der Evaluation und wurden nicht berücksichtigt.

### **DVS wird als Zusammenarbeitsorganisation evaluiert**

Der Fokus der Evaluation liegt auf der DVS als Zusammenarbeitsorganisation der Gemeinwesen. Diese umfasst alle Gremien der DVS, namentlich Geschäftsstelle, PFG, operatives Führungsgremium (OFG), Delegiertenversammlung, Beauftragter von Bund und Kantonen für die DVS, Arbeitsgruppen und Dialoge. Einzelne Gremien der DVS wurden im Rahmen der Evaluation nicht detailliert betrachtet.

### **Folgeabschätzung nicht Teil der Evaluation**

Die Evaluation umfasst keine unabhängige Wirkungsmessung auf Basis von Leistungsindikatoren. Stattdessen liegt der Fokus der Evaluation auf den Anforderungen und Wahrnehmungen der verschiedenen Anspruchsgruppen des Gemeinwesens mit dem Ziel, eine fachliche Grundlage für den politischen Meinungsbildungsprozess zu erarbeiten.

### **Verbindliche Standardsetzung unabhängig von der organisatorischen und staatsrechtlichen Umsetzung**

Die Prüfung der Notwendigkeit einer verbindlichen Standardsetzung über alle drei Staatsebenen erfolgte im Rahmen der vorliegenden Evaluation grundsätzlich und unabhängig von spezifischen organisatorischen und staatsrechtlichen Umsetzungsvarianten. Die Entwicklung möglicher Umsetzungsvarianten erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt. Die vorliegende Evaluation bildet dafür sowie für den zugehörigen politischen Meinungsbildungsprozess eine der fachlichen Grundlagen.

Die Umsetzung einer verbindlichen Standardsetzung kann durch eine institutionelle Weiterentwicklung der DVS erfolgen, ist aber nicht darauf beschränkt. Neben der Weiterentwicklung der DVS im Rahmen von Etappe 2 (DVS als politische Plattform mit verbindlicher Standardsetzung) oder von Etappe 3 (DVS als hoheitlicher Akteur mit verbindlicher Entscheidungskompetenz im gesamten Mandatsrahmen) bestehen weitere organisatorische und staatsrechtliche Umsetzungsvarianten für eine verbindlichen Standardsetzung.<sup>9</sup> Zum einen kann eine neue gemeinsame Behörde von Bund und Kantonen geschaffen werden, welche verbindliche Regelungen erlassen kann. Zum anderen kann eine neue Bundeskompetenz zur verbindlichen Standardsetzung für alle drei Staatsebenen geschaffen werden.

---

<sup>8</sup> Die föderale Zusammenarbeit bezieht sich auf die Kooperation und Koordination zwischen den drei staatlichen Ebenen Bund, Kantone, Städte und Gemeinden im Rahmen der DVS als Zusammenarbeitsorganisation.

<sup>9</sup> Vgl. Postulat 23.3050, «Verbindliche Standards für die digitale Verwaltungslandschaft der Schweiz. Braucht es einen Digitalisierungsartikel in der Bundesverfassung?», Stellungnahme des Bundesrates vom 26.04.2023

## 2 Methodik

Um die beschriebene Zielsetzung zu erreichen, wurde eine Methodik mit unterschiedlichen Evaluationsinstrumenten entwickelt, welche die unterschiedlichen Anspruchsgruppen der DVS stufengerecht in die Evaluation einbezogen hat.

### 2.1 Anspruchsgruppen und Perspektiven

Der Fokus der Evaluation liegt auf den Gemeinwesen der DVS. Für die Erreichung der beschriebenen Ziele wurden Anspruchsgruppen mit unterschiedlichen Perspektiven einbezogen. Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Übersicht über die unterschiedlichen Perspektiven und einbezogenen Anspruchsgruppen.

Perspektive	Ziel	Anspruchsgruppen
Gesamtsicht	Anspruchsgruppen mit einer Gesamtsicht auf die DVS hinsichtlich des Optimierungspotenzials und institutionellen Weiterentwicklungsbedarfs der DVS, der Steuerung der Evaluation und der Validierung des Evaluationskonzepts.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Politisches Führungsgremium (PFG)</li> <li>• Steuerungsausschuss</li> <li>• Begleitgruppe</li> </ul>
Fachliche «Innensicht»	Anspruchsgruppen mit einer Innensicht auf die DVS auf fachlicher Ebene, der Ebene Geschäftsstelle sowie der Führungsebene hinsichtlich des Leistungsausweises, des Optimierungspotenzials und des institutionellen Weiterentwicklungsbedarfs der DVS.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Operatives Führungsgremium (OFG)</li> <li>• Delegiertenversammlung</li> <li>• Geschäftsstelle</li> </ul>
Sektorielle «Aussensicht»	Anspruchsgruppen der Fach- und Politikebene hinsichtlich der Abstimmungsrolle von DVS mit sektoriellen Programmen und Organisationen des Gemeinwesens.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Direktorenkonferenzen</li> <li>• Bundesdepartemente</li> </ul>
Institutionelle «Aussensicht»	Anspruchsgruppen mit einer institutionellen Aussensicht auf die Koordinationsrolle der DVS zwischen und innerhalb der drei Staatsebenen.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Staatsschreiberkonferenz</li> <li>• Bundeskanzlei</li> </ul>
Operative «Aussensicht»	Anspruchsgruppen mit einer operativen Aussensicht auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der DVS in den Bereichen Basisdienste, elektronische Dienstleistungen und Standardsetzung.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• eOperations Schweiz</li> <li>• Verein eCH</li> </ul>

Tabelle 1: Anspruchsgruppen und Perspektiven

### 2.2 Evaluationsinstrumente

Für den Einbezug der adressierten Anspruchsgruppen wurden im Rahmen der Evaluation die nachfolgenden Evaluationsinstrumente eingesetzt:

Evaluationsinstrumente	Beschreibung
Explorative Gespräche	Die explorativen Gespräche dienen dem Evaluationsteam zur Kalibrierung der Ziele der externen Evaluation sowie des Evaluationskonzepts. Die explorativen Gespräche wurden semi-strukturiert durchgeführt und nicht protokolliert.
Umfrage	Die Umfrage war das primäre Befragungsformat der externen Evaluation. Dabei wurde eine fachliche «Innensicht» auf den Leistungsausweis, das Optimierungspotenzial sowie den institutionellen Weiterentwicklungsbedarf erhoben. Zusätzlich wurde eine sektorische, institutionelle und operative «Aussensicht» erhoben, um die fachliche «Innensicht» zu spiegeln und allfällige Unterschiede der Perspektiven zu identifizieren.
Vertiefungsgespräche	In Vertiefungsgesprächen wurden bestimmte fachliche Aspekte der Umfrageergebnisse mit ausgewählten Teilnehmenden der Umfrage auf fachlicher Ebene vertieft. Die Erkenntnisse der Vertiefungsgespräche flossen in den Evaluationsbericht ein. Die Vertiefungsgespräche wurden semi-strukturiert durchgeführt und nicht protokolliert.
Sondierungsgespräche	Die politische Ebene wurde im Laufe des Auswertungsprozesses im Rahmen von Sondierungsgesprächen in die Evaluation einbezogen. Die Erkenntnisse dieser Gespräche flossen nicht direkt in den Evaluationsbericht ein, haben jedoch dazu beigetragen, die Verständlichkeit und die Hauptaussagen des Berichts mit der politischen Ebene zu validieren. Die Sondierungsgespräche wurden semi-strukturiert durchgeführt und nicht protokolliert.

Tabelle 2: Evaluationsinstrumente

## 2.3 Teilnehmende

### Umfrage

Insgesamt wurden 135 Personen zur Umfrage eingeladen. Davon haben 88 Personen an der Umfrage teilgenommen, was in einer hohen Teilnahmequote von rund 65% resultiert. Nicht geantwortet haben 47 Personen respektive 35% der Befragten. Die folgende Tabelle veranschaulicht die Teilnahmequote aufgeschlüsselt auf die unterschiedlichen Perspektiven der Anspruchsgruppen.

Perspektive	Anspruchsgruppe	Teilnehmende der Umfrage	Teilnahmequote der Umfrage
Fachliche «Innensicht»	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mitglieder OFG</li> <li>Delegierte DVS</li> <li>Fachliche Mitarbeitende GS DVS</li> </ul>	97 Personen eingeladen	63 Personen teilgenommen (65% Teilnahmequote)
Sektorielle «Aussensicht»	<ul style="list-style-type: none"> <li>Generalsekretariate Direktorenkonferenzen</li> <li>Generalsekretariate Bundesdepartemente</li> </ul>	21 Personen eingeladen	16 Personen teilgenommen (76% Teilnahmequote)
Institutionelle «Aussensicht»	<ul style="list-style-type: none"> <li>Staatsschreiberkonferenz</li> </ul>	1 Person eingeladen	1 Personen teilgenommen (100% Teilnahmequote)
Operative «Aussensicht»	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verwaltungsrat eOperations</li> <li>Vorstand eCH<sup>10</sup></li> </ul>	16 Personen eingeladen	8 Personen teilgenommen (50% Teilnahmequote)

Tabelle 3: Teilnahmequote Umfrage

Die austarierte Verteilung der erhaltenen Rückmeldungen über Regionen sowie Staatsebenen hinweg haben eine Evaluation der DVS auf Basis eines differenzierten Gesamtbildes ermöglicht. Folgende Tabelle veranschaulicht dazu die Anteile von Rückmeldungen der jeweiligen Staatsebenen bzw. Organisationsformen an den insgesamt erhaltenen Rückmeldungen.

Staatsebene / Organisationsform	Anspruchsgruppe	Anteil an den insgesamt erhaltenen Rückmeldungen
Bund	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mitglieder OFG</li> <li>Generalsekretariate Bundesdepartemente</li> <li>Delegierte DVS</li> </ul>	23% (20 Personen teilgenommen)
Kantone	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mitglieder OFG</li> <li>Generalsekretariate Direktorenkonferenzen</li> <li>Delegierte DVS</li> </ul>	53% (47 Personen; 24 / 26 Kantone teilgenommen)
Städte und Gemeinden	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mitglieder OFG</li> <li>Delegierte DVS (einzelvertraglich mitwirkende Gemeinwesen sowie zwei Delegierte der kommunalen Vertretung)</li> </ul>	11% (10 Personen teilgenommen)
Andere Organisationen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verwaltungsrat eOperations</li> <li>Vorstand eCH</li> <li>Fachliche Mitarbeitende GS DVS</li> </ul>	13% (11 Personen teilgenommen)

Tabelle 4: Anteile von Rückmeldungen der jeweiligen Staatsebenen bzw. Organisationsformen der Umfrage

### Interviews und Gespräche

In semi-strukturierten Gesprächen wurden Erwartungen und Hypothesen gesammelt (explorative Gespräche), fachliche Aspekte der Umfrageergebnisse auf fachlicher Ebene vertieft (Vertiefungsgespräche) sowie die Zwischenergebnisse der Evaluation sondiert (Sondierungsgespräche). Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die 16 durchgeführten Gespräche.

<sup>10</sup> Peppino Giarritta ist aufgrund seiner Doppelrolle als Beauftragter von Bund und Kantonen für die DVS in den Ausstand getreten.

<b>Evaluationsinstrumente</b>	<b>Anspruchsgruppen</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Auswahlkriterien</b>
Explorative Gespräche	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Begleitgruppe</li> <li>• Steuerungsausschuss</li> </ul>	4	Eine Teilnahme wurde allen Mitgliedern der Begleitgruppe und des Steuerungsausschusses angeboten
Vertiefungsgespräche	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausgewählte Teilnehmende der Umfrage</li> </ul>	8	Auswahl erfolgte selektiv zur Vertiefung ausgewählter Umfrageergebnisse
Sondierungsgespräche	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Repräsentative Auswahl von Mitgliedern des PFG</li> </ul>	4	Auswahl erfolgte zum Einbezug aller Staatsebenen, Regionen sowie der Bundeskanzlei in der Sondierung

Tabelle 5: Übersicht Gespräche (Explorativ, Vertiefung, Sondierung)

## 2.4 Auswertung

Die erhobenen Umfragedaten wurden differenziert nach Teilnehmendengruppen analysiert. Der Bericht schlüsselt die Ergebnisse nach Teilnehmendengruppen auf, wo signifikante Unterschiede in den Rückmeldungen erkennbar und für die Interpretation der Ergebnisse relevant waren. Insbesondere wurden die folgenden Dimensionen in den Rückmeldungen geprüft:

- Streuung der Rückmeldungen allgemein sowie pro Teilnehmendengruppe
- Verteilung der Rückmeldungen zwischen der Innen- und Aussensicht (vgl. Kapitel 2.1)
- Verteilung der Rückmeldungen hinsichtlich Perspektive (fachlich, sektoriell, operativ)
- Verteilung der Rückmeldungen zwischen den Staatsebenen

Alle in den Grafiken dargestellten Zahlen wurden auf 100% gerundet.

## 3 Ergebnisse

Das folgende Kapitel analysiert die Antworten aus der Umfrage und den Vertiefungsgesprächen entlang von vier Themenfeldern: Ziele, Aufgaben, Standardsetzung und Verbindlichkeit sowie Zusammenarbeit und Ressourcen. Eine Gesamtsicht auf die Zuordnung der Themenblöcke der Umfrage zu den aggregierten vier Themenfeldern des vorliegenden Berichts findet sich in Anhang B. Die vier Themenfelder werden im Hinblick auf den Leistungsausweis und das Optimierungspotenzial im Rahmen des heutigen institutionellen Status quo untersucht und anschliessend hinsichtlich des Bedarfs für eine institutionelle Weiterentwicklung analysiert.

### 3.1 Ziele

#### 3.1.1 Leistungsausweis

##### Zusammenfassung

###### *Leistungsausweis*

- Für die Erfüllung der von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden festgelegten Ziele für die digitale Transformation der Verwaltung wird die DVS auf allen Staatsebenen und von allen Fachorganisationen als notwendig erachtet;
- Die DVS kann gemäss der Mehrheit der Teilnehmenden bereits heute einen Mehrwert zur Zielerfüllung bieten;
- Das heutige Rollenverständnis der DVS als politische Plattform zur Koordination der digitalen Transformation der Verwaltung wird von einigen Teilnehmenden als zu wenig ambitioniert für die Zielerfüllung erachtet;
- Die DVS ist bei der Innensicht teilweise präsent, insgesamt wird die Präsenz der DVS aber bei der Innen- und bei der Aussensicht als eher gering eingestuft.

###### *Optimierungspotenzial*

- Der weitere Handlungsbedarf wird bei allen Zielen von einer überwiegenden Mehrheit als hoch erachtet;
- Der höchste weitere Handlungsbedarf besteht bei der «Einführung der E-ID und Vertrauensinfrastruktur» sowie bei der «Stärkung der Zusammenarbeit»;
- Die DVS soll gemäss vielen Teilnehmenden eine proaktivere Steuerungsrolle übernehmen, mit einem stärkeren Fokus auf strategische Schlüsselbereiche;
- Ein klarer Bedarf und Wunsch zur Fokussierung der DVS auf ausgewählte Ziele ist nicht erkennbar.

###### *Institutioneller Weiterentwicklungsbedarf*

- Eine Erweiterung der Ziele wird derzeit nicht explizit gewünscht.

#### Notwendigkeit der DVS zur Zielerfüllung

Bund, Kantone, Städte und Gemeinden haben in der **Strategie DVS 2024–2027 sechs strategische Schwerpunkte als Ziele** für die digitale Transformation der Verwaltung definiert:

- Digitale Behördendienstleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen
- One-Stop-Government realisieren
- E-ID und Vertrauensinfrastruktur schweizweit einführen
- Wertschöpfende Datennutzung fördern
- Cloud-enabled-Government ermöglichen
- Zusammenarbeit stärken und als vernetztes Gesamtsystem agieren

Abbildung 1: Ziele für die digitale Transformation der Verwaltung

Die Notwendigkeit der DVS für eine erfolgreiche digitale Transformation der Verwaltung ist unbestritten. 98% der Teilnehmenden über alle Staatsebenen und Fachorganisationen hinweg erachten die DVS als Zusammenarbeitsorganisation zur Erfüllung der gemeinsamen von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gesetzten Ziele als notwendig (Abbildung 2). Diese Aussage wurde in den Vertiefungsgesprächen bestätigt.

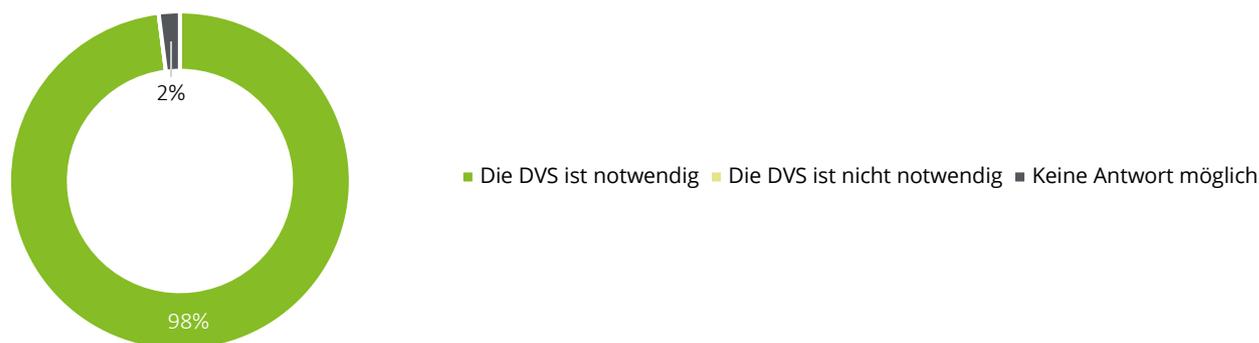


Abbildung 2: Bewertung Notwendigkeit der DVS zur Erfüllung der von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam gesetzten Ziele<sup>11</sup>

### Mehrwert der DVS zur Zielerfüllung

Für eine Mehrheit der Teilnehmenden (67%) bietet die DVS bereits heute einen Mehrwert. Dennoch erachten knapp ein Drittel (31%) und insbesondere Teilnehmende auf kantonaler Ebene, dass die DVS in ihrer aktuellen Form keinen nennenswerten Mehrwert bieten kann (Abbildung 3). Begründet wird diese Wahrnehmung in der Umfrage und in den Vertiefungsgesprächen unter anderem mit dem Verweis auf ein passives Rollenverständnis der DVS. Ihr heutiger Leistungsauftrag als politische Plattform zur Koordination der digitalen Transformation der Verwaltung wird von einigen Teilnehmenden als unzureichend für die Zielerfüllung erachtet.

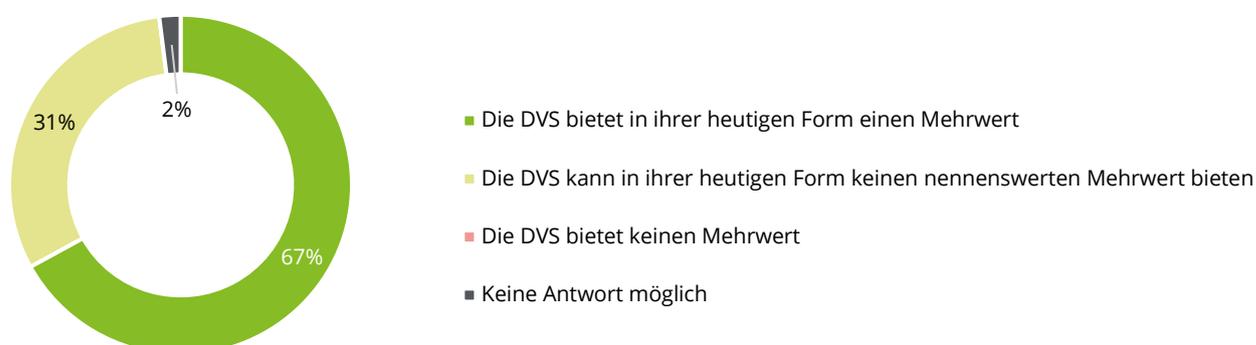


Abbildung 3: Bewertung Mehrwert der DVS zur Erfüllung der von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam gesetzten Ziele<sup>12</sup>

### Rollenverständnis der DVS zur Zielerfüllung

Das heutige Rollenverständnis der DVS als politische Plattform zur Koordination der digitalen Transformation der Verwaltung wird in der Umfrage von einigen Teilnehmenden<sup>13</sup> als zu wenig ambitioniert beurteilt. Dies betrifft sowohl diejenigen Teilnehmenden, die bereits in der heutigen Form der DVS einen Mehrwert sehen, als auch jene, die bislang keinen nennenswerten Mehrwert erkennen können. In allen Vertiefungsgesprächen wurde das heutige Rollenverständnis der DVS als zu passiv und zu reaktiv für die Zielerfüllung beschrieben.

### Präsenz der DVS

Die DVS wird heute von den Gemeinwesen in der digitalen Transformation der Verwaltung als nur wenig oder teilweise präsent wahrgenommen. Dabei ergibt sich ein differenziertes Bild zwischen der Innensicht<sup>14</sup> und der Aussensicht<sup>15</sup>. Die Teilnehmenden mit einer Innensicht bewerten die DVS mehrheitlich (54%) als teilweise präsent (Abbildung 4). Bei den Teilnehmenden mit einer Aussensicht ist die DVS weniger sicht- und spürbar: 28% erachten die DVS als teilweise präsent und knapp die Hälfte der Teilnehmenden (48%) bewerten die DVS als nur wenig oder gar nicht präsent. Selbst unter den operativen Fachorganisationen wird die DVS mehrheitlich (55%) als nur teilweise präsent wahrgenommen. In der Umfrage und in den Vertiefungsgesprächen wird die mangelnde Kommunikation und Transparenz als einer der Gründe für die eher geringe Präsenz genannt.

<sup>11</sup> Vgl. Frage 29 (siehe Anhang C; n=88).

<sup>12</sup> Vgl. Frage 29 (siehe Anhang C; n=88).

<sup>13</sup> Basiert auf nicht quantifizierbaren Antworten der Umfrage (vgl. Fragen 11-12 und 29-30 Anhang C).

<sup>14</sup> Fachliche Innensicht: Operatives Führungsgremium DVS, Delegiertenversammlung DVS, Geschäftsstelle DVS (vgl. Kapitel 2.1).

<sup>15</sup> Sektorielle, institutionelle und operative Aussensicht: Direktorenkonferenzen; Departemente der Bundesverwaltung; Staatsschreiberkonferenz; Bundeskanzlei, eOperations Schweiz; Verein eCH (vgl. Kapitel 2.1).

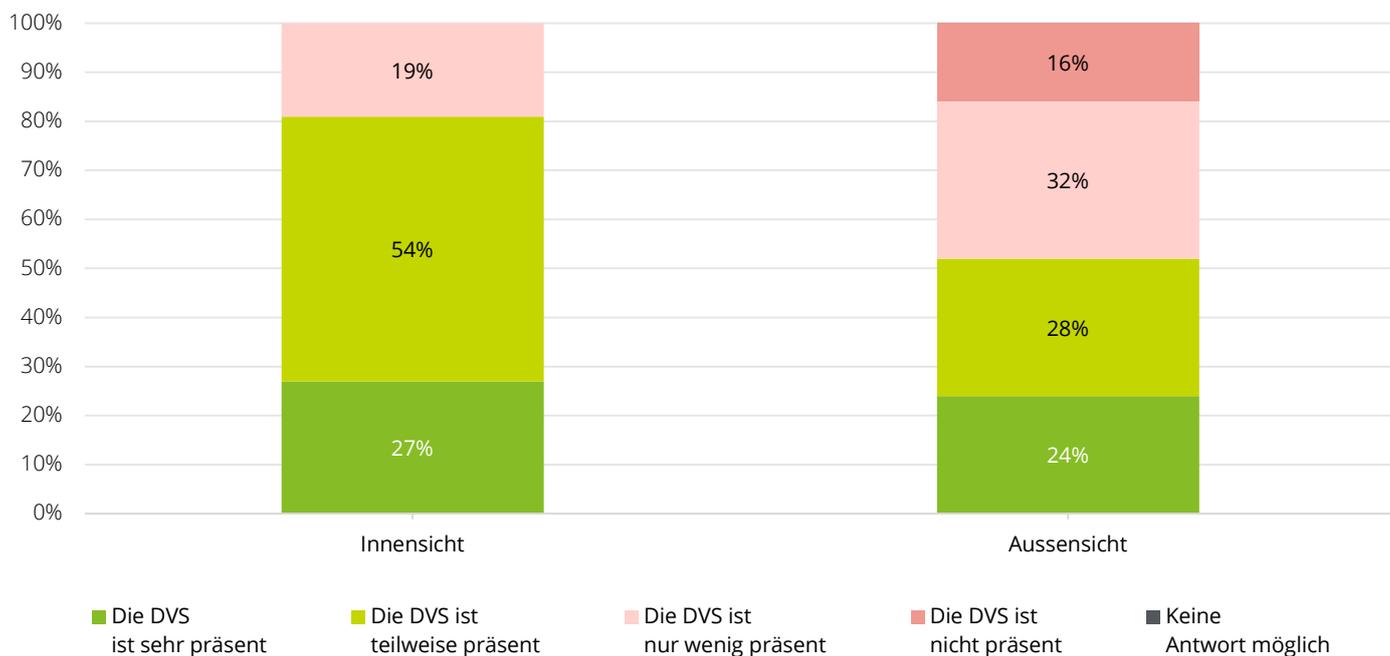


Abbildung 4: Präsenz der DVS bei der Innen- und Aussensicht<sup>16</sup>

### 3.1.2 Optimierungspotenzial

#### Weiterer Handlungsbedarf zur Zielerfüllung

In allen gemeinsam gesetzten Zielen besteht ein hoher Handlungsbedarf. Eine grosse Mehrheit (>70%) der Teilnehmenden erachtet den weiteren Handlungsbedarf für alle sechs Ziele als eher hoch oder sehr hoch (Abbildung 5). Diese Bewertung ist über alle Staatsebenen hinweg konsistent. Der höchste weitere Handlungsbedarf sehen die Teilnehmenden trotz bestehender Massnahmen weiterhin bei der schweizweiten «Einführung der E-ID und Vertrauensinfrastruktur». In Anbetracht der erst im Jahr 2023 verabschiedeten Strategie der noch jungen DVS-Organisation erachten einige der Teilnehmenden<sup>17</sup> den hohen Handlungsbedarf für alle Ziele als wenig überraschend, da bisher nur wenig Zeit für die Umsetzung zur Verfügung stand.

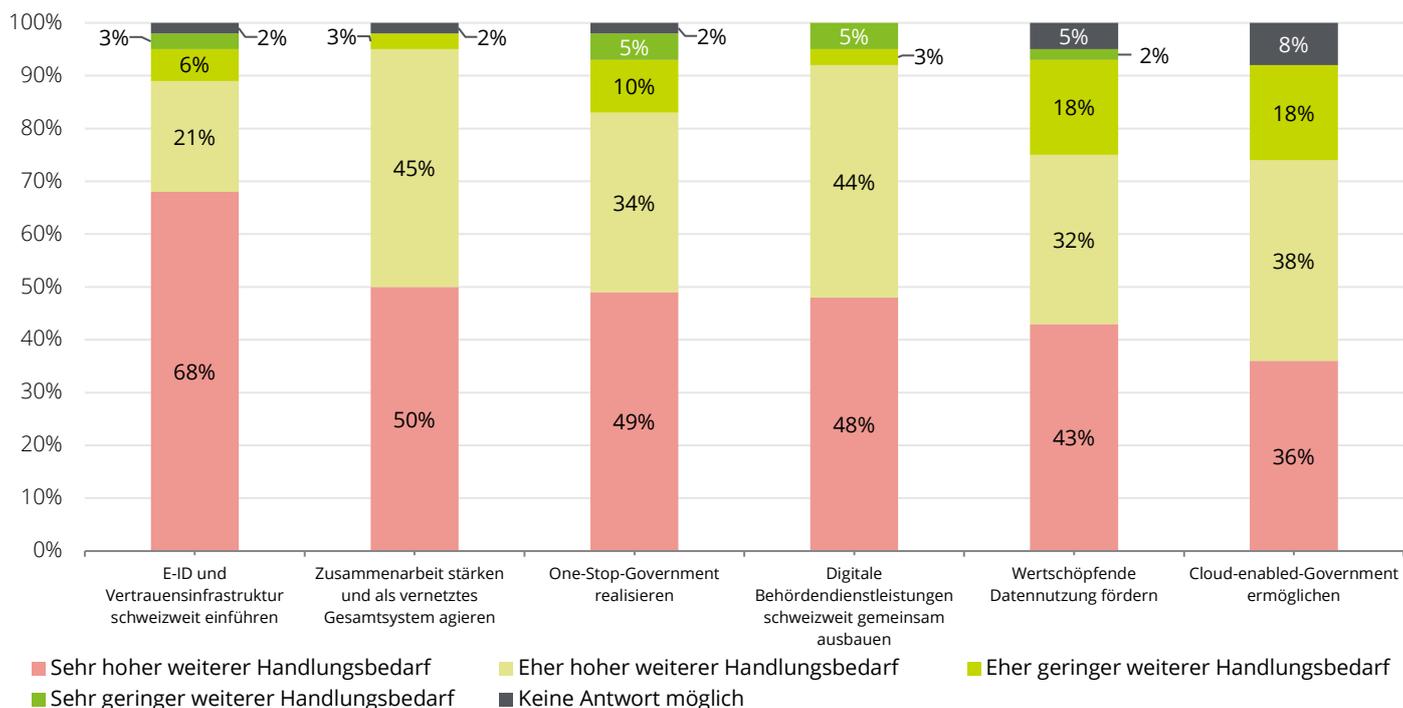


Abbildung 5: Weiterer Handlungsbedarf zur Erfüllung der von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam gesetzten Ziele<sup>18</sup>

<sup>16</sup> Vgl. Frage 3 (siehe Anhang C; n=88).

<sup>17</sup> Basiert auf nicht quantifizierbaren Antworten der Umfrage (vgl. Frage 4-5 Anhang C) und Vertiefungsgesprächen.

<sup>18</sup> Vgl. Frage 4 (siehe Anhang C). Die Anzahl der Teilnehmenden variiert je nach Ziel zwischen n=60 und n=63.

### Strategische Steuerungsrolle der DVS

Angesichts der eher geringen Präsenz der DVS und des hohen Handlungsbedarfs zur Erfüllung der gemeinsamen Ziele fordern einige der Teilnehmenden<sup>19</sup> eine Weiterentwicklung des Rollenverständnisses der DVS über ihr heutiges Verständnis als politische Plattform zur Koordination der digitalen Transformation der Verwaltung hinaus. Es besteht dabei über alle Staatsebenen hinweg der Bedarf und Wunsch an die DVS, eine strategische Steuerungsrolle in der digitalen Transformation der Verwaltung zu übernehmen. Insbesondere in der Umfrage wird der Bedarf und Wunsch nach einer stärkeren Steuerungsrolle mit Blick auf strategische Schlüsselbereiche (z.B. Förderung der Standardsetzung sowie Identifikation und Ausbau von Basisdiensten) sowie relevante Zukunftsthemen (z.B. Künstliche Intelligenz) unterstrichen und als Alleinstellungsmerkmal der DVS in der digitalen Transformation der Verwaltung hervorgehoben. Nach aktuellem Kenntnisstand ist dies im heutigen institutionellen Rahmen möglich, erfordert aber ein klares gemeinsames Rollenverständnis der Gemeinwesen.

### Fokussierung der Ziele

Der Bedarf und Wunsch nach einer strategischen Fokussierung der DVS auf ausgewählte Ziele ist nicht zu erkennen, da der Handlungsbedarf für alle Ziele als hoch eingeschätzt wird. Wenige Teilnehmende<sup>20</sup> sehen, unabhängig von der Staatsebene, eine strategische Fokussierung als Chance, die knappen Ressourcen der DVS in Anbetracht des hohen Handlungsbedarfs gezielter einzusetzen. Die meisten Teilnehmenden<sup>21</sup> fordern hingegen keine explizite Priorisierung der Ziele.

### 3.1.3 Institutioneller Weiterentwicklungsbedarf

#### Erweiterung der Ziele

Es besteht kein Bedarf, die bestehenden Ziele zu erweitern, was eine Anpassung der Strategie oder der RV DVS erforderlich machen würde. Eine Mehrheit der Teilnehmenden über alle Staatsebenen hinweg (60%) hat keinen Wunsch zur Zielerweiterung – der Fokus soll auf der Erfüllung der bestehenden Ziele liegen. Als Begründung wird in der Umfrage das Risiko einer möglichen Verzettlung bei einer Zielerweiterung genannt. Unter den Befürwortern einer Zielerweiterung zeichnet sich kein klares Bild hinsichtlich der zu erweiternden Ziele ab. Die Erweiterung auf strategische Zukunftsthemen (z.B. Künstliche Intelligenz) wird aber in der Umfrage am häufigsten genannt (12 Nennungen).

## 3.2 Aufgaben

### Zusammenfassung

#### Leistungsausweis

- Die DVS erbringt bei den beiden Aufgaben «*Identifikation und Ausbau von Basisdiensten*» und «*Festlegung eines gemeinsamen Zielbildes*» bereits heute einen ausgewiesenen Mehrwert;
- In den weiteren sieben Aufgaben wird der heutige Mehrwert der DVS über alle Staatsebenen grösstenteils als gering bewertet;
- Die sektorielle Abstimmung ist notwendig, wird jedoch derzeit von der DVS unzureichend wahrgenommen.

#### Optimierungspotenzial

- In den meisten Aufgaben wird ein hohes Potenzial gesehen, dass die DVS künftig eine spürbare Wirkung auf die digitale Transformation der Gemeinwesen erzielen kann;
- Eine Fokussierung der DVS auf bestimmte Aufgaben wird teilweise gewünscht, insbesondere auf jene Aufgaben, die ein hohes zukünftiges Potenzial bieten;
- Die DVS soll die sektorielle Zusammenarbeit stärken, mit einem Fokus auf grosse Programme und nicht einzelne Sektoren.

#### Institutioneller Weiterentwicklungsbedarf

- Eine Aufgabenerweiterung ist zum aktuellen Stand nicht gewünscht.

<sup>19</sup> Basiert auf nicht quantifizierbaren Antworten der Umfrage (vgl. Frage 4, 5, 11-18, 20-22 Anhang C) und Vertiefungsgesprächen.

<sup>20</sup> Basiert auf nicht quantifizierbaren Antworten der Umfrage (vgl. Frage 4-5 Anhang C) und Vertiefungsgesprächen.

<sup>21</sup> Basiert auf nicht quantifizierbaren Antworten der Umfrage (vgl. Frage 4-5 Anhang C) und Vertiefungsgesprächen.

### 3.2.1 Leistungsausweis

#### Heutiger Mehrwert der DVS in den Aufgaben

Die DVS hat gemäss RV DVS neun übergeordnete Aufgaben<sup>22</sup>:

- a. Festlegen eines gemeinsamen Zielbilds, der strategischen Ausrichtung sowie der gemeinsamen Prioritäten und Handlungsfelder;
- b. Identifikation der erforderlichen Basisdienste, Begleitung des Aufbaus solcher Dienste, namentlich einer E-ID, Förderung der Ausbreitung von elektronischen Dienstleistungen mit hohem Skalierungspotenzial sowie Förderung innovativer Lösungen;
- c. Förderung der Standardisierung und Harmonisierung von technischen und fachlichen Prozessen in Zusammenarbeit mit dem Verein eCH, der Interoperabilität und der gemeinsamen Nutzung von technischen Lösungen durch mehrere Verwaltungsstellen;
- d. Förderung gemeinsamer rechtlicher und politischer Grundlagen und Rahmenbedingungen für die digitale Verwaltung;
- e. Unterstützung der beteiligten Gemeinwesen im Bereich der Digitalisierung und der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) durch Beratung, Koordination und Empfehlungen sowie durch Interessensvertretung gegenüber IKT-Anbietern, insbesondere hinsichtlich gemeinsamer Rahmenverträge und Konditionserklärungen der beteiligten Gemeinwesen;
- f. Stärkung von Vernetzung, Zusammenarbeit und Wissensaustausch innerhalb der öffentlichen Verwaltungen aller drei Staatsebenen und mit der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft;
- g. Aufbau einer Anlauf- und Kontaktstelle für Öffentlichkeit, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zum Thema digitale Verwaltung sowie des Monitorings zum Stand der digitalen Verwaltung bezüglich Qualität, Quantität und Nutzungsintensität;
- h. Förderung eines Kulturwandels hin zur digitalen Verwaltung bei Entscheidungsträgern, bei Personen im öffentlichen Dienst und in der Gesellschaft;
- i. Zusammenarbeit mit den Datenschutzbehörden bei der Definition und Validierung von Standards im Bereich der Digitalisierung.

Abbildung 6: Aufgaben der DVS

Die DVS erbringt bei den beiden Aufgaben «*Identifikation und Ausbau von Basisdiensten (b)*» sowie «*Festlegung gemeinsames Zielbild (a)*» bereits heute einen ausgewiesenen Mehrwert. 48% der Teilnehmenden sind der Meinung, dass die DVS bei der Aufgabe «*Identifikation und Ausbau von Basisdiensten (b)*» bereits heute einen hohen Mehrwert leistet, während 44% dies für die «*Festlegung eines gemeinsamen Zielbildes (a)*» (Abbildung 7) sehen. Besonders die Kantone bewerten den heutigen Mehrwert der DVS in diesen beiden Aufgaben als hoch. In der Umfrage und in den Vertiefungsgesprächen wird oftmals das Behörden-Login AGOV sowie die staatliche E-ID als Beispiele genannt, bei dem die DVS durch ihre Aktivitäten einen Mehrwert generieren konnte. Einige Teilnehmende, die den aktuellen Mehrwert gering einschätzen, begründen dies damit, dass es noch zu früh sei, um einen signifikanten Nutzen erkennen zu können.

In den weiteren Aufgaben wird der heutige Mehrwert der DVS über alle Staatsebenen mehrheitlich als gering oder nicht vorhanden beurteilt. Namentlich und nach absteigendem heutigem Mehrwert: «*Identifikation und Ausbau von Basisdiensten (b)*», «*Festlegung eines gemeinsamen Zielbildes (a)*», «*Stärkung der Vernetzung (f)*», «*Förderung der Standardisierung (c)*», «*Förderung der rechtlichen und politischen Grundlagen (d)*», «*Unterstützung der Gemeinwesen (e)*», «*Zusammenarbeit mit den Datenschutzbehörden (i)*», «*Aufbau einer Anlauf- und Kontaktstelle (g)*» sowie «*Förderung eines Kulturwandels (h)*».

<sup>22</sup> Vgl. Ziffer 4.2, Abs. 1 öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz, 29. Dezember 2021, Generalsekretariat EFD, verfügbar unter: <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2021/3030/de>.

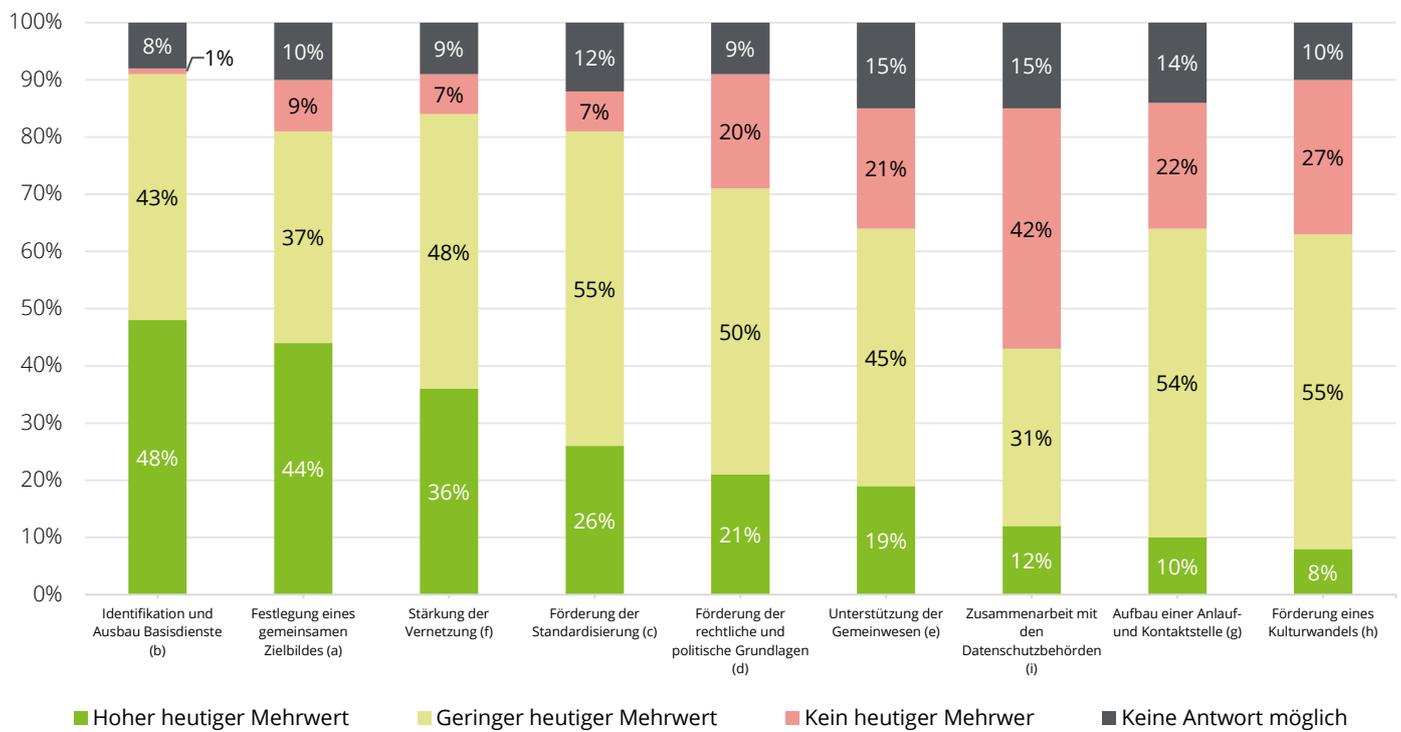


Abbildung 7: Aufgaben der DVS dargestellt basierend auf heutigem Mehrwert<sup>23</sup>

<sup>23</sup> Vgl. Fragen 11 (siehe Anhang C). Die Anzahl der Teilnehmenden variiert je nach Aufgabe zwischen n=85 und n=88.

Die Abbildung 8 stellt den heutigen Mehrwert der bestehenden Aufgaben pro Staatsebene dar. Die Teilnehmenden der kantonalen Ebene bewerten den heutigen Mehrwert der DVS in den Aufgaben «Stärkung der Vernetzung (f)», «Förderung der rechtlichen und politischen Grundlagen (d)», «Unterstützung der Gemeinwesen (e)», «Zusammenarbeit mit den Datenschutzbehörden (i)», «Aufbau einer Anlauf- und Kontaktstelle (g)» sowie «Förderung eines Kulturwandels (h)» tiefer als die Teilnehmenden der anderen Staatsebenen.



Abbildung 8: Aufgaben der DVS basierend auf heutigem Mehrwert pro Staatsebene<sup>24</sup>

<sup>24</sup> Vgl. Fragen 11 (siehe Anhang C). Die Anzahl der Teilnehmenden variiert je nach Aufgabe zwischen n=85 und n=88. Unter «Andere Organisationen» werden die Rückmeldungen der Fachorganisationen (Verein eCH und eOperations Schweiz AG) sowie der Geschäftsstelle DVS zusammengefasst.

## Sektorielle Abstimmung

Ein eindeutiges Bild zeigt sich hinsichtlich der Notwendigkeit einer sektoriellen Abstimmung. Die Abstimmungsrolle der DVS<sup>25</sup> wird von der grossen Mehrheit der Teilnehmenden<sup>26</sup> (72%) als grundsätzlich notwendig oder in bestimmten Sektoren als notwendig erachtet. Gemäss 46% der Teilnehmenden wird die sektorielle Abstimmung derzeit von der DVS unzureichend wahrgenommen. Insbesondere in den jeweiligen Sektoren ist die DVS gemäss 65% der Teilnehmenden nicht oder nur wenig präsent, was auf eine eher geringe Abstimmung hinweist. Ein Teil der Teilnehmenden (18%), insbesondere der kantonalen Ebene, konnten aber die Frage nach dem Leistungsausweis der DVS in der sektoriellen Abstimmung wegen fehlender Berührungspunkte oder mangelnder Präsenz der DVS in dem jeweiligen Aufgabenbereich nicht beantworten.

### 3.2.2 Optimierungspotenzial

Mit Blick auf das Optimierungspotenzial der aktuellen Aufgaben lassen sich drei Cluster erkennen. Diese unterscheiden sich sowohl in Bezug auf den Mehrwert, den die DVS bereits heute bietet, als auch im Hinblick auf das zukünftige Potenzial, wie die DVS auf die digitale Transformation der Verwaltung spürbar einwirken kann. Im ersten Cluster sind Aufgaben, bei denen die DVS sowohl heute einen hohen Mehrwert bietet als auch in der Zukunft hohes Potenzial verspricht. Im zweiten Cluster sind Aufgaben, bei denen die DVS heute einen eher geringen Mehrwert bietet, aber in der Zukunft ein hohes Potenzial aufweist. Im dritten Cluster sind Aufgaben, bei denen die DVS heute einen eher geringen Mehrwert bietet und das zukünftige Potenzial moderat ist.

Eine Fokussierung der DVS auf die Aufgaben der ersten beiden Cluster, in denen die DVS ein hohes zukünftiges Potenzial bietet, wird von einigen Teilnehmenden<sup>27</sup> gewünscht. In der Umfrage und in den Vertiefungsgesprächen heben einige Teilnehmende sowohl das hohe Potenzial der DVS in bestimmten Aufgaben als auch das Risiko einer Verzettlung durch eine zu breite Aufgabenpalette hervor. Beides wird als Argument für eine mögliche Fokussierung genannt.

#### Cluster 1: Aufgaben mit hohem heutigem Mehrwert und hohem zukünftigen Potenzial

Das erste Cluster umfasst die Aufgaben «*Identifikation und Ausbau von Basisdiensten (b)*» sowie die «*Festlegung eines gemeinsamen Zielbildes (a)*». In diesen beiden Aufgaben leistet die DVS bereits heute einen Mehrwert (vgl. 3.2.1 Leistungsausweis) und verfügt zusätzlich gemäss einer Mehrheit (>70%) der Teilnehmenden über alle Staatsebenen hinweg über ein hohes Potenzial, künftig eine spürbare Wirkung auf die digitale Transformation der Verwaltung zu erzielen (Abbildung 9).

#### Cluster 2: Aufgaben mit eher geringem heutigem Mehrwert, aber hohem zukünftigen Potenzial

Das zweite Cluster umfasst fünf Aufgaben, in denen die DVS heute gemäss Einschätzungen der Mehrheit der Teilnehmenden einen eher geringen Mehrwert bietet (vgl. 3.2.1 Leistungsausweis), jedoch über ein hohes zukünftiges Potenzial verfügt («*Stärkung der Vernetzung (f)*», «*Förderung der Standardisierung (c)*», «*Förderung der rechtlichen und politischen Grundlagen (d)*» und «*Unterstützung der Gemeinwesen (e)*»). In diesen Aufgaben sieht eine Mehrheit der Teilnehmenden (>60%) über alle Staatsebenen hinweg ein hohes zukünftiges Potenzial, dass die DVS künftig eine spürbare Wirkung auf die digitale Transformation der Verwaltung erzielen kann (Abbildung 9).

#### Cluster 3: Aufgaben mit eher geringem heutigem Mehrwert und moderatem zukünftigen Potenzial

Das dritte Cluster umfasst den «*Aufbau einer Anlauf- und Kontaktstelle (g)*», die «*Förderung eines Kulturwandels (h)*» sowie die «*Zusammenarbeit mit den Datenschutzbehörden (i)*». In diesen Aufgaben leistet die DVS heute einen geringen Mehrwert (vgl. 3.2.1 Leistungsausweis) und zudem wird das zukünftige Potenzial verglichen mit den anderen Aufgabenbereichen als weniger hoch eingeschätzt, künftig eine spürbare Wirkung zu erzielen. Aufgrund des geringen heutigen Mehrwerts und des moderaten zukünftigen Potenzials dieser Aufgaben sind diese gemäss einigen Teilnehmenden<sup>28</sup> in Anbetracht der knappen (finanziellen) Ressourcen durch die DVS gegebenenfalls zu depriorisieren.

Abbildung 9 stellt den heutigen wahrgenommenen Mehrwert der DVS dem zukünftigen Potential in den Aufgaben gegenüber.

<sup>25</sup> Vgl. Ziffer 4.1, Abs. 6 öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz, 29. Dezember 2021, Generalsekretariat EFD, verfügbar unter: <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2021/3030/de>.

<sup>26</sup> vgl. Fragen 14-15 (siehe Anhang C).

<sup>27</sup> Basiert auf nicht quantifizierbaren Antworten der Umfrage (vgl. Frage 11-13 Anhang C) und Vertiefungsgesprächen.

<sup>28</sup> Basiert auf nicht quantifizierbaren Antworten der Umfrage (vgl. Frage 11-13 Anhang C) und Vertiefungsgesprächen.

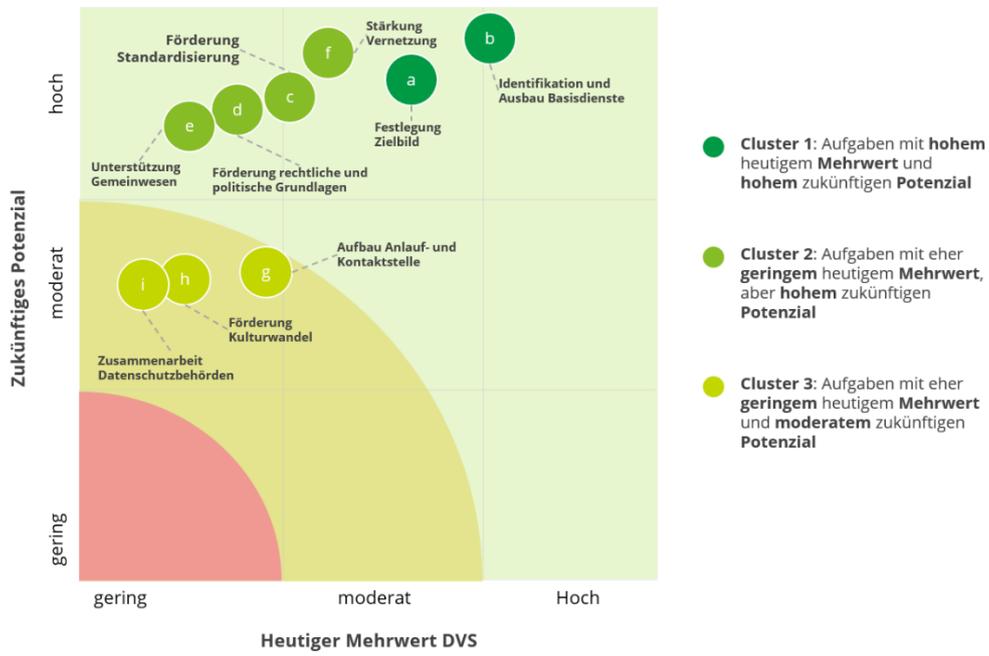


Abbildung 9: Heutiger Mehrwert und zukünftiges Potenzial der bestehenden Aufgaben der DVS<sup>29</sup>

<sup>29</sup> Vgl. Fragen 11 und 12 (siehe Anhang C; n=88).

Das zukünftige Potenzial der bestehenden Aufgaben wird von allen Staatsebenen insgesamt ähnlich bewertet (Abbildung 10). Allerdings schätzen die Teilnehmenden des Bundes das zukünftige Potenzial der Aufgaben «Förderung der rechtlichen und politischen Grundlagen (d)» und «Zusammenarbeit mit den Datenschutzbehörden (i)» etwas geringer ein. Die Teilnehmenden der Kantone bewerteten hingegen das Potenzial der Aufgaben «Unterstützung der Gemeinwesen (e)», «Förderung eines Kulturwandels (h)» und «Aufbau einer Anlauf- und Kontaktstelle (g)» etwas tiefer.



Abbildung 10: Aufgaben der DVS basierend auf zukünftigen Potenzial pro Staatsebene<sup>30</sup>

<sup>30</sup> Vgl. Fragen 12 (siehe Anhang C). Die Anzahl der Teilnehmenden variiert je nach Aufgabe zwischen n=85 und n=88. Unter «Andere Organisationen» werden die Rückmeldungen der Fachorganisationen (Verein eCH und eOperations Schweiz AG) sowie der Geschäftsstelle DVS zusammengefasst.

### Engere sektorielle Abstimmung

Der Wunsch und Bedarf nach einer engeren sektorspezifischen Abstimmung ist sowohl bei den Teilnehmenden mit einer Innensicht wie auch den Teilnehmenden mit einer Aussensicht, vorhanden. 59% der Teilnehmenden<sup>31</sup> der Innensicht wünschen sich eine engere Abstimmung ihres Sektors mit der DVS. Bei den Teilnehmenden der Aussensicht sehen über alle Sektoren hinweg 40% der Teilnehmenden<sup>32</sup> ein eher hohes oder sehr hohes Potenzial einer engeren sektoriellen Abstimmung. Die restlichen Teilnehmenden der Aussensicht sehen ein eher geringes Potenzial (31%) oder konnten die Fragen aufgrund mangelnder Berührungspunkte nicht beantworten (29%). In der Umfrage zeigt sich, dass keine spezifischen Sektoren, sondern grosse strategisch relevante Programme in den Fokus der sektoriellen Abstimmung gestellt werden sollten. Diese Aussage wurde auch in Vertiefungsgesprächen bestätigt und betont, dass insbesondere bei jenen Programmen mit hohen Abhängigkeiten ein erhöhter Abstimmungsbedarf besteht (z.B. DigiSanté und Justitia 4.0).

### 3.2.3 Institutioneller Weiterentwicklungsbedarf

#### Aufgabenerweiterung

Eine grundsätzliche Aufgabenerweiterung der DVS ist aktuell nicht erwünscht. 50% der Teilnehmenden halten eine Erweiterung der bestehenden Aufgaben für nicht notwendig (Abbildung 11). In der Umfrage plädieren viele Teilnehmende für eine Weiterverfolgung der bestehenden Aufgaben. Unter den Befürwortern einer Aufgabenerweiterung (42%) herrscht Uneinigkeit bezüglich der Art der zusätzlichen Aufgaben. 41% der Befürworter wünschen sich zusätzliche Umsetzungsaufgaben (z.B. Projektleitung), 34% halten Beratungsaufgaben (z.B. UX-Beratung) für sinnvoll, und 17% sehen weiteres Potenzial für die DVS in der Übernahme von Betriebsaufgaben (z.B. Betriebsverantwortung). In einzelnen Vertiefungsgesprächen wurden Umsetzungs- und Betriebsaufgaben als relevante Themen im Falle einer stärkeren Aktivität der DVS im Bereich Basisdienste identifiziert.

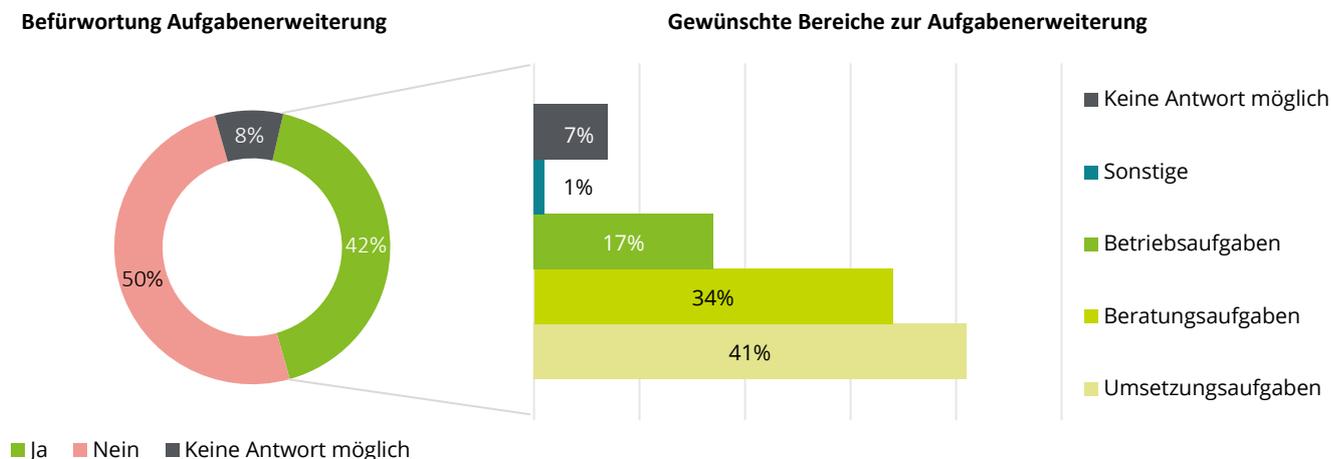


Abbildung 11: Beurteilung Aufgabenerweiterung<sup>33</sup>

<sup>31</sup> Vgl. Fragen 17 (siehe Anhang C); Das Potenzial wurde bei den Teilnehmenden der Aussensicht nicht für alle Sektoren, sondern nur für den jeweils relevanten Sektor der Teilnehmenden abgefragt.

<sup>32</sup> Vgl. Fragen 17 (siehe Anhang C).

<sup>33</sup> Vgl. Frage 13 (siehe Anhang C; n=62); Bei der Befürwortung der Aufgabenerweiterung sind Antworten aus der Umfrage mitberücksichtigt, bei den Aufgaben war eine Mehrfachauswahl möglich.

### 3.3 Standardsetzung und Verbindlichkeit

## Zusammenfassung

### *Leistungsausweis*

- Standards bieten unabhängig von ihrer Verbindlichkeit einen Mehrwert für die Zielerreichung;
- Die DVS hat grosses Potenzial, einen Mehrwert in der Standardisierung zu bieten. Allerdings nimmt sie ihre Förderungsrolle unzureichend wahr.

### *Optimierungspotenzial*

- Der Fokus soll auf der technischen und semantischen Standardisierung sowie auf der Förderung der rechtlichen Interoperabilität in den Bereichen Basisdienste und Daten liegen;
- Die Standardisierung von Fachanwendungen soll nur gering oder anwendungsbezogen im Fokus stehen;
- Ein starker Einbezug der Gemeinwesen im Standardisierungsprozess wird insbesondere von der kantonalen Ebene gefordert.

### *Institutioneller Weiterentwicklungsbedarf*

- Verbindliche Standards werden als förderlich für die Zielerreichung betrachtet, teilweise sogar als notwendig. Diese Aussage gilt unabhängig von der DVS bzw. der organisatorischen oder rechtlichen Ausgestaltung einer entsprechenden Kompetenz;
- Eine grosse Mehrheit hält verbindliche Standards beim Vollzug von Bundesrecht für förderlich und ein beträchtlicher Teil der Teilnehmenden erachtet sie sogar als notwendig;
- Für den Vollzug von kantonalem und kommunalem Recht hält ebenfalls eine grosse Mehrheit verbindliche Standards für förderlich und ein beträchtlicher Teil der Teilnehmenden für notwendig;
- Eine Eingrenzung auf verbindliche technische und semantische Standards in den strategischen Schlüsselbereichen Basisdienste und Daten wird gewünscht.

#### 3.3.1 Leistungsausweis

##### **Mehrwert von Standards**

Standards bieten unabhängig von ihrer Verbindlichkeit einen Mehrwert für die Erfüllung der von Bund, Kantonen, Gemeinden und Städten definierten Ziele. 95% der Teilnehmenden<sup>34</sup> aller Staatsebenen sind sich einig, dass Standards in den meisten Fällen einen Mehrwert zur Zielerfüllung bieten. Der hohen Zustimmung zu Standards im Allgemeinen steht ein fehlendes gemeinsames Verständnis gegenüber, welche Standards den grössten Mehrwert für die Zielerfüllung bieten und daher im Fokus der DVS stehen sollten. Der Bedarf und Wunsch nach einer gemeinsamen Definition und Fokussierung in der Standardsetzung wird in der Umfrage<sup>35</sup> und Vertiefungsgesprächen von allen drei Staatsebenen betont.

##### **Rolle der DVS in der Standardsetzung**

Die DVS hat grosses Potenzial, einen Mehrwert in der Standardsetzung zu bieten. Allerdings nimmt sie laut 50% der Teilnehmenden<sup>36</sup> ihre Förderungsrolle<sup>37</sup> unzureichend wahr. Die Zusammenarbeit der DVS mit dem Verein eCH im Bereich der Standardsetzung wird von vielen Teilnehmenden als wenig sichtbar empfunden und kann daher schwer beurteilt werden. Zudem wird in einzelnen Vertiefungsgesprächen auf Unklarheiten in der Aufgabenteilung zwischen dem Verein eCH und der DVS hingewiesen. Einige Teilnehmende<sup>38</sup> wünschen sich in diesem Zusammenhang eine Rollenschärfung und verbesserte Kommunikation seitens der DVS. Insbesondere aus Antworten der kantonalen Ebene geht aus der Umfrage hervor, dass die Aktivitäten der DVS im Bereich Standardsetzung heute als zu wenig systematisch, zu wenig transparent und mit einem geringen Mehrwert für die akuten Herausforderungen der Gemeinwesen umgesetzt werden. Diese Aussagen wurden in einigen Vertiefungsgesprächen bestätigt. Es wurde aber auch betont, dass die Zusammenarbeit mit dem Verein eCH relativ jung ist und daher bislang noch kein signifikanter Mehrwert erzielt werden konnte. Zudem wird in einzelnen Vertiefungsgesprächen verdeutlicht, dass die DVS als Folgeorganisation von E-Government Schweiz (eGov) und der kürzlichen Übernahme der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK) klare Vorteile im Bereich der Standardsetzung ergeben – insbesondere durch die direktere Einbindung der politischen Ebene in der Zusammenarbeitsorganisation.

<sup>34</sup> Vgl. Frage 8 (siehe Anhang C).

<sup>35</sup> Basiert auf nicht quantifizierbaren Antworten der Umfrage (vgl. Frage 6-10 Anhang C) und Vertiefungsgesprächen.

<sup>36</sup> Vgl. Frage 21 (siehe Anhang C).

<sup>37</sup> Vgl. Ziffer 4.2, Abs. 1, lit. c öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz, 29. Dezember 2021, Generalsekretariat EFD, verfügbar unter: <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2021/3030/de>.

<sup>38</sup> Basiert auf nicht quantifizierbaren Antworten der Umfrage (vgl. Frage 6-10 Anhang C) und Vertiefungsgesprächen.

### 3.3.2 Optimierungspotenzial

#### Definition Standards und Fokus Standardsetzung

Die Förderung der Interoperabilität ist für die digitale Transformation der Verwaltung ein wichtiger Bestandteil. Interoperabilität bezeichnet die Fähigkeit eines vielfältigen Systems, nahtlos mit anderen bestehenden oder zukünftigen Produkten oder Systemen zu kooperieren oder zu interagieren, ohne Einschränkungen in Bezug auf Zugriff oder Implementierung.<sup>39</sup> Dabei kann die Interoperabilität auf semantischer, technischer, organisatorischer und rechtlicher Ebene adressiert werden (Abbildung 12).<sup>40</sup>

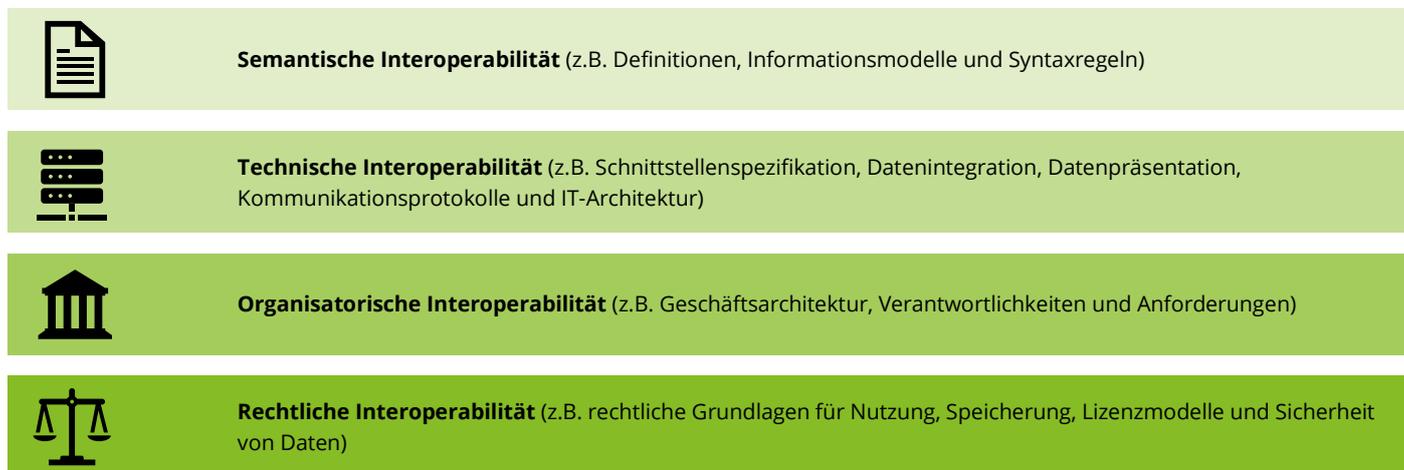


Abbildung 12: Interoperabilitätsebenen basierend auf dem europäischen Interoperabilitätsrahmen<sup>41</sup>

Der Fokus der DVS zur Förderung der Interoperabilität sollte auf der semantischen, technischen und rechtlichen Ebene liegen (Abbildung 13). Die Antworten aus der Umfrage zeigen eine breite Zustimmung für einen generellen und anwendungsbezogenen Fokus der DVS von über 80% für diese drei Interoperabilitätsebenen (semantische, technische und rechtliche). In der Umfrage und in den Vertiefungsgesprächen wurde insbesondere der Bedarf nach technischer und semantischer Standardisierung zur Verbesserung der Interoperabilität unterstrichen. Mit Blick auf die rechtliche Interoperabilität besteht jedoch Uneinigkeit darüber, wie diese zu erreichen ist (z.B. Harmonisierung). Bei der organisatorischen Interoperabilität wird der Handlungsbedarf geringer eingeschätzt: Laut 44% der Teilnehmenden sollte die organisatorische Interoperabilität differenziert bzw. anwendungsbezogen im Fokus stehen und laut 30% nur gering priorisiert werden.

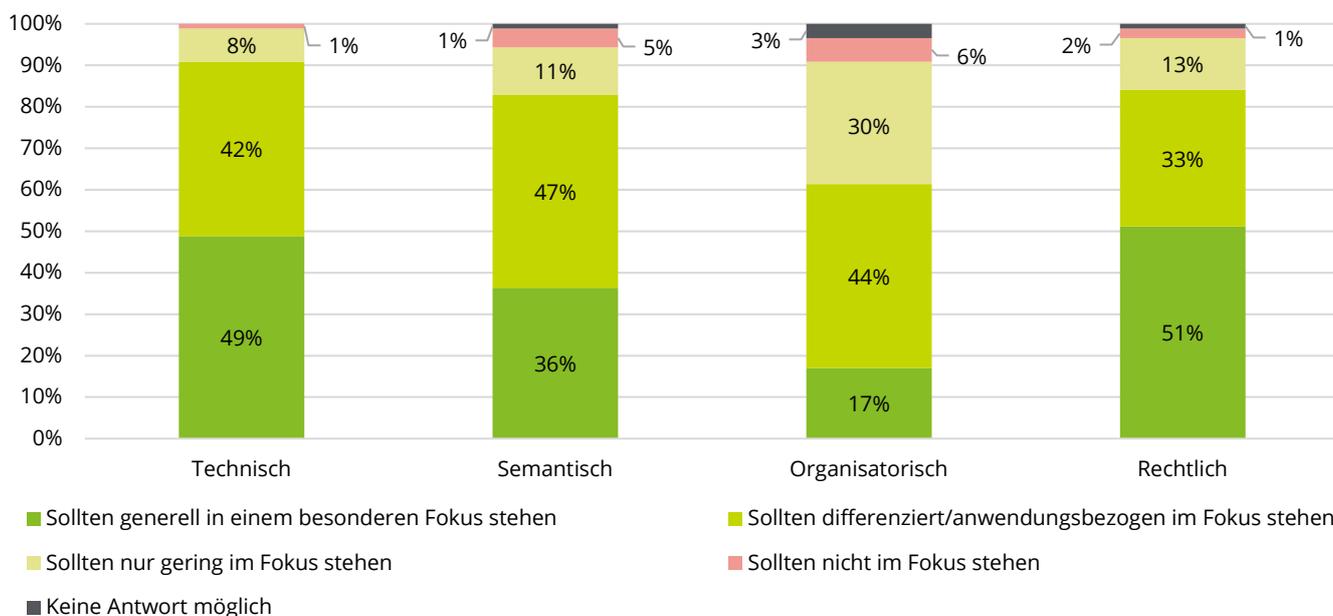


Abbildung 13: Mögliche Fokussierung der DVS in der Standardsetzung auf die Interoperabilitätsebenen<sup>42</sup>

<sup>39</sup> Vgl. Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024 – 2027», S.30

<sup>40</sup> vgl. European Interoperability Framework, Europäische Kommission, verfügbar unter: <https://interoperable-europe.ec.europa.eu>.

<sup>41</sup> vgl. European Interoperability Framework, Europäische Kommission, verfügbar unter: <https://interoperable-europe.ec.europa.eu>.

<sup>42</sup> Vgl. Frage 7 (siehe Anhang C; n=88).

Standards dienen zur Förderung der Interoperabilität. Ein Standard beschreibt eine allgemeine und wiederholbare Anwendung von Regeln, Richtlinien oder Merkmalen für bestimmte Tätigkeiten oder deren Ergebnisse.<sup>43</sup> Die Standardisierung kann sich unter anderem auf die Bereiche Datenstandards, Standards im Bereich Infrastruktur, Basisdienste oder Fachanwendungen konzentrieren (Abbildung 14).

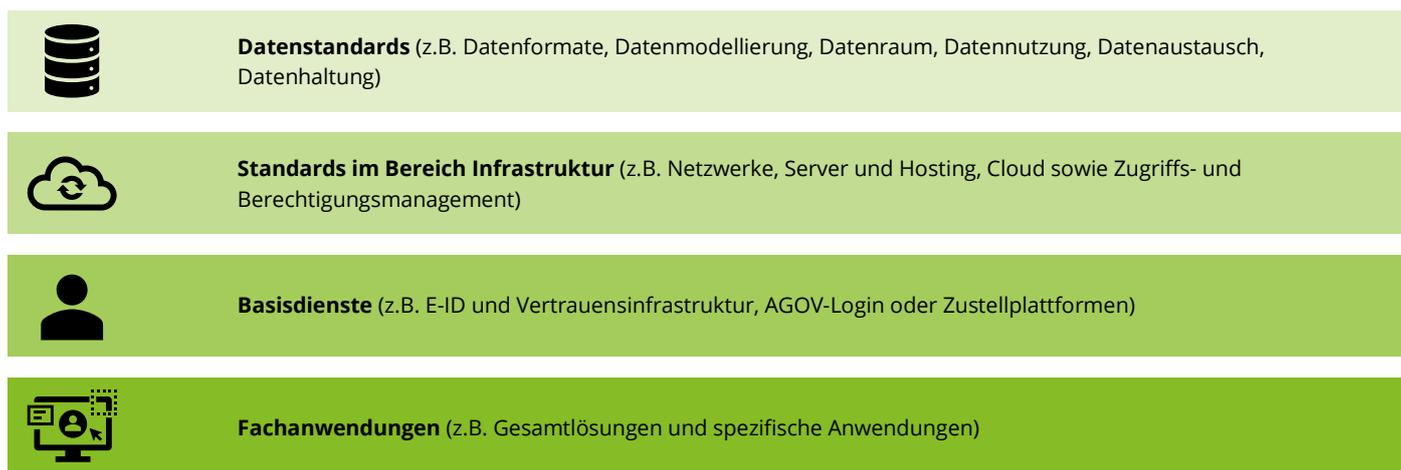


Abbildung 14: Arten von Standards zur Förderung der Interoperabilität

Die Ergebnisse der Umfrage und der Vertiefungsgespräche zeigen, dass nicht alle Standardarten denselben Mehrwert für die digitale Transformation der Verwaltung bieten, und daher differenziert im Fokus der DVS stehen sollten (Abbildung 15). Die Teilnehmenden befürworten mehrheitlich einen stärkeren zukünftigen Fokus in der föderalen Zusammenarbeit auf Standards in den Bereichen Basisdienste (81%) und Daten (60%). In der Umfrage und in den Vertiefungsgesprächen werden oftmals<sup>44</sup> die Basisdienste «E-ID» und «Zustellplattform» sowie der Bereich «Stammdaten» als Anwendungsfälle mit dringendem Standardisierungsbedarf hervorgehoben. Bei den Standards im Bereich Infrastruktur herrscht unter den Teilnehmenden teilweise Uneinigkeit darüber, ob diese grundsätzlich im Fokus stehen sollen. Insbesondere die Bereiche «Datenaustauschinfrastruktur» und «Cloud» werden von einzelnen Teilnehmenden<sup>45</sup> als Anwendungsfälle mit akutem Standardisierungsbedarf genannt. Mit Blick auf die Fachanwendungen ist der Bedarf und Mehrwert einer Standardisierung gemäss der Mehrheit der Teilnehmenden nur gering oder nicht zielführend und sollten daher nicht im besonderen Fokus der DVS stehen.

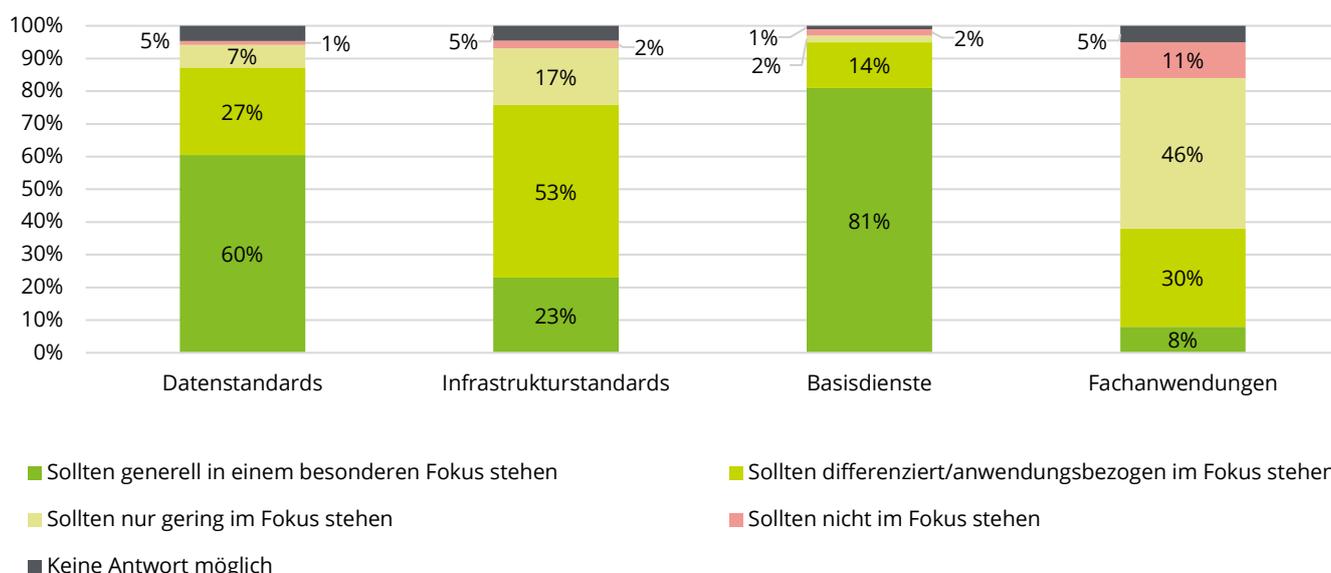


Abbildung 15: Mögliche Fokussierung der DVS in der Standardsetzung<sup>46</sup>

<sup>43</sup> Vgl. Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024 – 2027», S.31

<sup>44</sup> Basiert auf nicht quantifizierbaren Antworten der Umfrage (vgl. Frage 6 Anhang C) und Vertiefungsgesprächen.

<sup>45</sup> Basiert auf nicht quantifizierbaren Antworten der Umfrage (vgl. Frage 6 Anhang C) und Vertiefungsgesprächen.

<sup>46</sup> Vgl. Frage 6 (siehe Anhang C). Die Anzahl der Teilnehmenden variiert je nach Produkttyp zwischen n=86 und n=88.

## Anforderungen der Gemeinwesen

Einige Teilnehmende<sup>47</sup> wünschen sich einen stärkeren Einbezug der Gemeinwesen in den Standardisierungsprozess. Dies wird insbesondere von Teilnehmenden der kantonalen und kommunalen Ebene gefordert (vgl. Kapitel 3.3). Auch in den Vertiefungsgesprächen wird dieser Wunsch bestätigt und das Bedürfnis einer stärkeren Involvierung der Gemeinwesen in der Planung und Entwicklung von Standards hervorgehoben: Bedürfnisse und Anforderungen müssen über alle Staatsebenen systematisch erhoben, akuter Standardisierungsbedarf identifiziert und in strategisch relevanten Bereichen durch die DVS in Abstimmung mit relevanten Fachorganisationen (z.B. Verein eCH) adressiert sowie transparent kommuniziert werden. Für eine systematischere Vorgehensweise in der Standardisierung ist eine Anpassung der Aufgaben, fachliche Zusammensetzung sowie Arbeitsweisen der Geschäftsstelle allenfalls erforderlich. Dies kann eine Schärfung der Rollenverständnisse zwischen der DVS und Fachorganisationen (insb. Verein eCH) in der Standardsetzung umfassen. Zudem wird in einzelnen Vertiefungsgesprächen der Wunsch geäußert, die Aufgabenteilung und Zusammenarbeit in der Standardsetzung zwischen der DVS und dem Verein eCH auch auf operativer Ebene (z.B. zwischen Fachgruppen eCH und Arbeitsgruppen DVS) zu klären.

### 3.3.3 Institutioneller Weiterentwicklungsbedarf

#### Verbindlichkeit von Standards

Verbindliche Standards werden grundsätzlich als förderlich für die Zielerreichung angesehen und von vielen Teilnehmenden sogar als notwendig erachtet. Dabei unterscheidet die Evaluation zwischen verbindlichen Standards beim Vollzug von Bundesrecht und beim Vollzug von kantonalem und kommunalem Recht für alle Gemeinwesen.

Für den Vollzug von Bundesrecht erachtet insgesamt eine grosse Mehrheit von 73% der Teilnehmenden verbindliche Standards als förderlich (24%) oder notwendig (49%) für eine erfolgreiche digitale Transformation der Verwaltung. Es gibt sehr wenige Teilnehmende (<5%), die sich gegen verbindliche Standards für den Vollzug von Bundesrecht aussprechen (Abbildung 16). Bei den Teilnehmenden des Bundes wird die Notwendigkeit von verbindlichen Standards für den Vollzug von Bundesrecht am höchsten gewichtet (60%). Allerdings sehen 67% der Teilnehmenden der Generalsekretariate der Bundesdepartemente verbindliche Standards zwar als förderlich, jedoch nicht zwingend notwendig. Bei den Teilnehmenden der kantonalen Ebene hält eine Mehrheit (56%) verbindliche Standards für den Vollzug von Bundesrecht für notwendig. Im Vergleich zu den anderen Staatsebenen stehen Städte und Gemeinden ablehnender zu verbindlichen Standards für den Vollzug von Bundesrecht; ein Teil der Städte und Gemeinden (40%) beurteilt verbindliche Standards nur in wenigen Einzelfällen als notwendig.

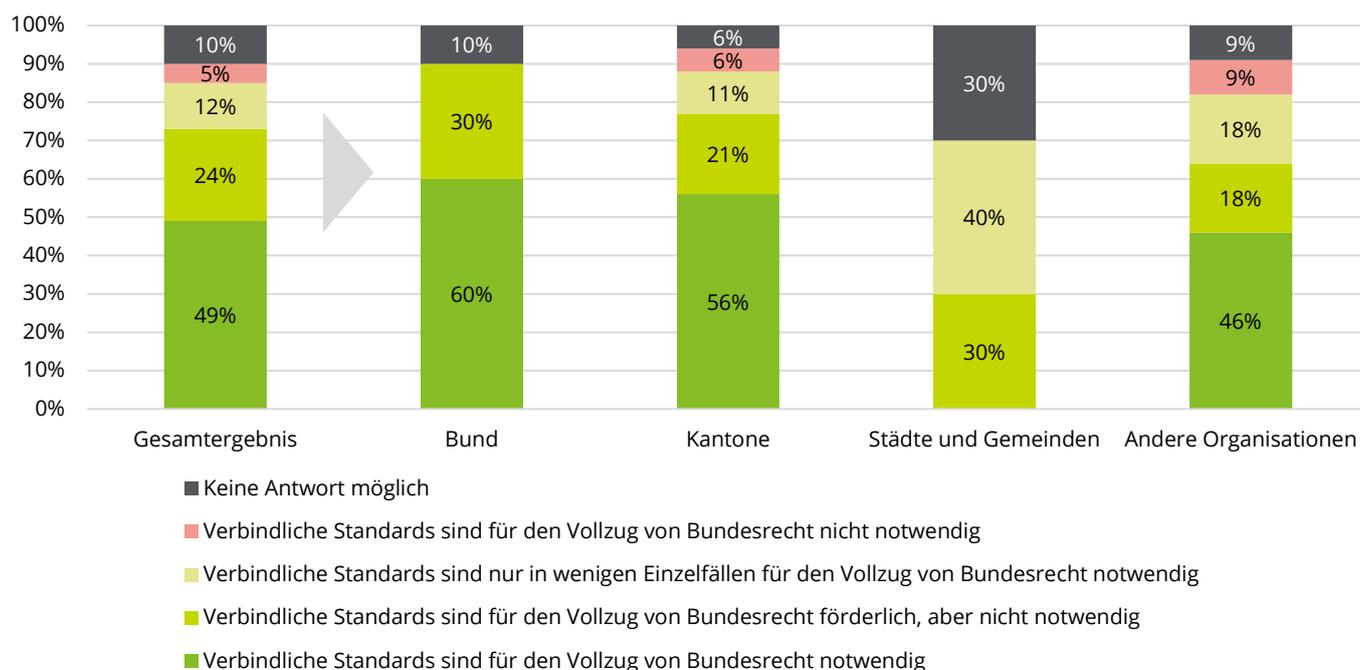


Abbildung 16: Verbindliche Standards für den Vollzug von Bundesrecht<sup>48</sup>

<sup>47</sup> Basiert auf nicht quantifizierbaren Antworten der Umfrage (vgl. Frage 6-10 Anhang C) und Vertiefungsgesprächen.

<sup>48</sup> Vgl. Frage 9 (siehe Anhang C; n=88). Die statistische Aussagekraft über Städte und Gemeinden ist aufgrund der Anzahl der Teilnehmenden (10) begrenzt. Unter «Andere Organisationen» werden die Rückmeldungen der Fachorganisationen (Verein eCH und eOperations Schweiz AG) sowie der Geschäftsstelle DVS zusammengefasst.

Für den Vollzug von kantonalem und kommunalem Recht zeigt sich ebenfalls eine Zustimmung zu verbindlichen Standards. Eine grosse Mehrheit von 81% der Teilnehmenden erachten insgesamt verbindliche Standards auf der kantonalen und kommunalen Ebene als förderlich (36%) oder notwendig (45%) für eine erfolgreiche digitale Transformation der Verwaltung (Abbildung 17). Auch in diesem Bereich gibt es nur sehr wenige Teilnehmende (1%), die sich vollständig gegen verbindliche Standards aussprechen. Unter den kantonalen Teilnehmenden erachten insgesamt 83% verbindliche Standards als förderlich (38%) oder notwendig (45%). Auch eine Mehrheit der Teilnehmenden des Bundes (60%) sieht verbindliche Standards für alle Gemeinwesen bei der Umsetzung von kantonalem und kommunalem Recht als notwendig an. Im Unterschied zu den anderen Staatsebenen erachten Städte und Gemeinden verbindliche Standards für den Vollzug von kantonalem und kommunalem Recht mehrheitlich (67%) als förderlich, aber nicht notwendig. In der Umfrage und in den Vertiefungsgesprächen wird hervorgehoben, dass der Einbezug der kommunalen Ebene in die Standardsetzung insbesondere mit Blick auf die Verbindlichkeit von Bedeutung, jedoch noch nicht klar ist.

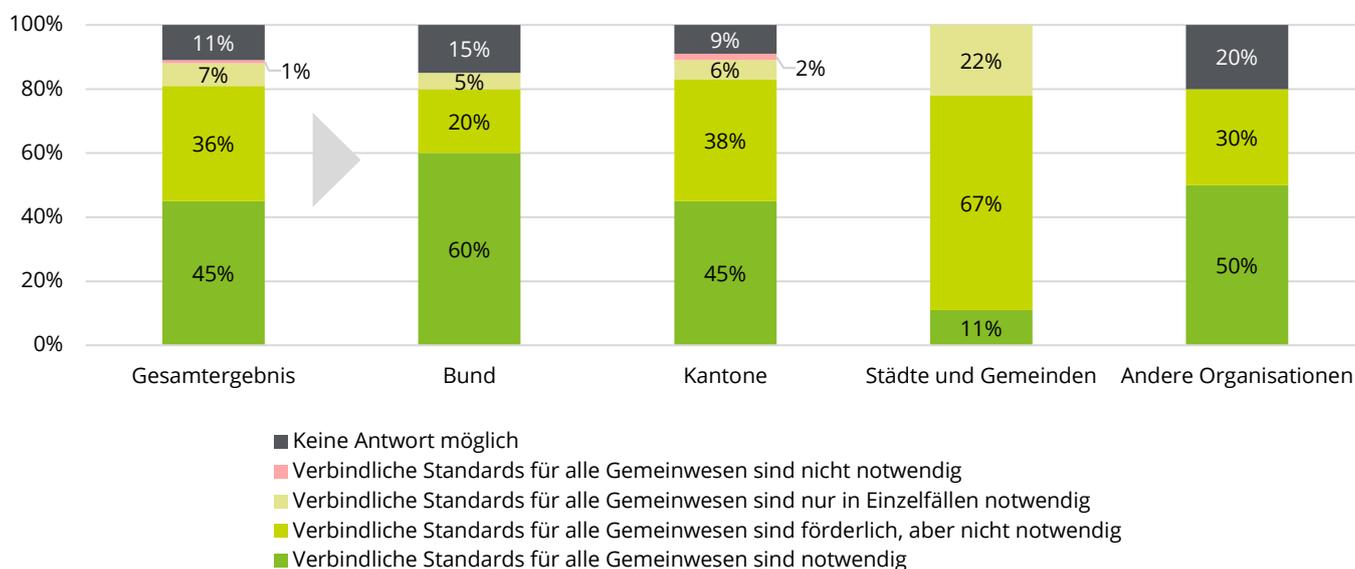


Abbildung 17: Verbindliche Standards für den Vollzug von kantonalem und kommunalem Recht<sup>49</sup>

### Fokussierung der Verbindlichkeit

Gemäss Rückmeldungen der Umfrage<sup>50</sup> ist klar, dass Standards nur dort verbindlich werden sollten, wo sie einen klaren Mehrwert bieten. Auch in vielen Vertiefungsgesprächen wird betont, dass ein Standard erst dann verbindlich sein sollte, wenn dieser im Idealfall bereits nachweislich einen Mehrwert geschaffen hat.

Sowohl in den Antworten in der Umfrage als auch der Vertiefungsgesprächen ist in der Tendenz eine Präferenz für eine Eingrenzung der Verbindlichkeit auf technische und semantische Standards in den Bereichen Basisdienste und Daten ersichtlich. Selbst jene Teilnehmenden, die einer Verbindlichkeit eher kritisch gegenüberstehen, sehen insbesondere auf der technischen und semantischen Ebene in verbindlichen Standards eine Chance, die Interoperabilität zu verbessern. In den Vertiefungsgesprächen wird betont, dass eine genaue Definition der Standards essenziell ist – insbesondere, wenn diese verbindlich sein sollen (vgl. Kapitle 3.3.2).

<sup>49</sup> Vgl. Frage 10 (siehe Anhang C; n=85). Die statistische Aussagekraft über Städte und Gemeinden ist aufgrund der Anzahl der Teilnehmenden (10) begrenzt. Unter «Andere Organisationen» werden die Rückmeldungen der Fachorganisationen (Verein eCH und eOperations Schweiz AG) sowie der Geschäftsstelle DVS zusammengefasst.

<sup>50</sup> Basiert auf nicht quantifizierbaren Antworten der Umfrage (vgl. Frage 8-10 Anhang C) und Vertiefungsgesprächen.



## Staatsebenen-übergreifende Koordination

Die Erfüllung des Leistungsauftrags zur Koordination der Steuerung der digitalen Transformation zwischen und innerhalb der institutionellen Ebenen sowie die Ermöglichung der Mitsprache und Mitgestaltung<sup>53</sup> werden unterschiedlich beurteilt. Insgesamt leistet die DVS mit der staatsebenen-übergreifenden Koordination für die Mehrheit der Teilnehmenden (52%)<sup>54</sup> heute einen Mehrwert und ermöglicht die Mitsprache und Mitgestaltung der Staatsebenen. Allerdings zeigt sich eine hohe Meinungsstreuung, d.h. die Ansichten der Teilnehmenden divergieren stark in dieser Hinsicht.<sup>55</sup> Insbesondere die Teilnehmenden des Bundes bewerten den Mehrwert und die Mitsprachemöglichkeiten als geringer im Vergleich zu den Teilnehmenden der Kantone, Städte und Gemeinden.

## Rollen und Mehrwert der Gremien der DVS

Die Rollen der Gremien sind für die Gemeinwesen teilweise noch nicht klar und liefern noch nicht den erhofften Mehrwert zur Zielerreichung (Abbildung 19). Auch hier ist die Streuung der Antworten gross: Einige Teilnehmende erkennen bereits heute einen hohen Mehrwert und klare Rollen, während andere den aktuellen Mehrwert sowie das Rollenverständnis der Gremien als eher gering einschätzen.<sup>56</sup> Insbesondere bei der Delegiertenversammlung besteht gemäss 62% der Teilnehmenden aller Staatsebenen und gemäss vielen Vertiefungsgesprächen eine gewisse Unklarheit über deren spezifische Rolle und den Beitrag zur Zielerfüllung. Auch bei den weiteren Gremien besteht gemäss 41% der Teilnehmenden aller Staatsebenen ein fehlendes Rollenverständnis. In einigen Vertiefungsgesprächen wird insbesondere der Mangel an strategischen Schwerpunkten auf der Ebene der Gesamtsteuerung betont, wodurch der potenzielle Mehrwert dieser Gremien nicht vollständig realisiert werden kann.

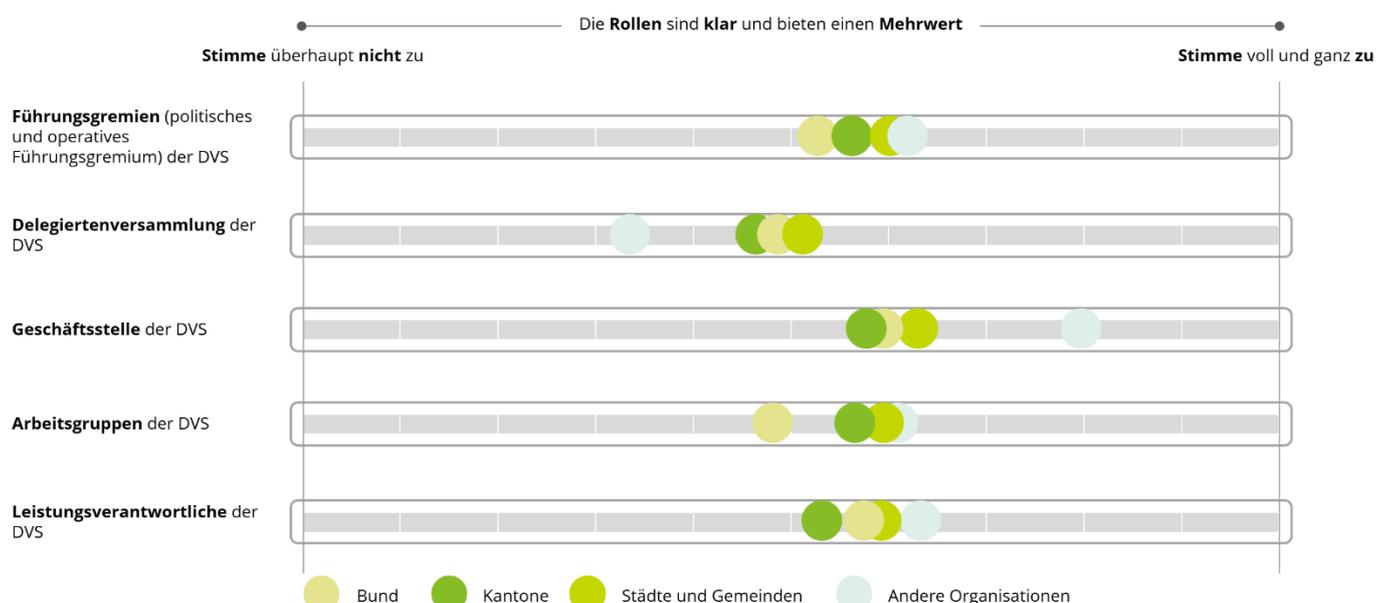


Abbildung 19: Rollenverständnis und Mehrwert der Zusammenarbeit<sup>57</sup>

## Einsatz finanzieller Mittel

Die bestehenden finanziellen Mittel werden durch die DVS heute mehrheitlich oder sehr zielführend eingesetzt. Über alle Staatsebenen hinweg ist eine Mehrheit (56%) der Meinung, dass mit dem aktuellen Einsatz der finanziellen Mittel die gemeinsam von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gesetzten Ziele mehrheitlich erreicht werden können (Abbildung 20). Ein Drittel (34%) über alle Staatsebenen hinweg findet den heutigen Einsatz der finanziellen Mittel aber nur bedingt zielführend. Die Teilnehmenden des Bundes bewerten den heutigen Einsatz der finanziellen Mittel dabei positiver als die Teilnehmenden der Kantone. In der Umfrage und in den Vertiefungsgesprächen wird von einigen Teilnehmenden betont, dass aktuell die finanziellen Mittel zu breit eingesetzt und auf zu viele Projekte und Initiativmassnahmen verteilt sind, wodurch das Risiko einer Verzettelung besteht.

<sup>53</sup> Vgl. Ziffer 4.1, Abs. 1 öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz, 29. Dezember 2021, Generalsekretariat EFD, verfügbar unter: <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2021/3030/de>.

<sup>54</sup> Vgl. Frage 19 (siehe Anhang C).

<sup>55</sup> Relative Standardabweichung der Häufigkeiten über alle Teilnehmenden hinweg je nach Frage zwischen 69% und 77%. Dies bedeutet, dass die Meinungen der Teilnehmenden stark variieren und sich je nach Frage zwischen 69% und 77% vom Durchschnitt entfernen können.

<sup>56</sup> Relative Standardabweichung der Häufigkeiten über alle Teilnehmenden hinweg bei Gremien 104%, Delegiertenversammlung 63%, Geschäftsstelle 70%, Arbeitsgruppen 54% sowie Leistungsverantwortliche 68%. Dies bedeutet, dass die Meinungen der Teilnehmenden stark variieren und sich je nach Gremium zwischen 54% und 104% vom Durchschnitt entfernen können.

<sup>57</sup> Vgl. Frage 25 (siehe Anhang C; n=63). Die statistische Aussagekraft über Städte und Gemeinden ist aufgrund der Anzahl der Teilnehmenden (10) begrenzt. Unter «Andere Organisationen» werden die Rückmeldungen der Fachorganisationen (Verein eCH und eOperations Schweiz AG) sowie der Geschäftsstelle DVS zusammengefasst.

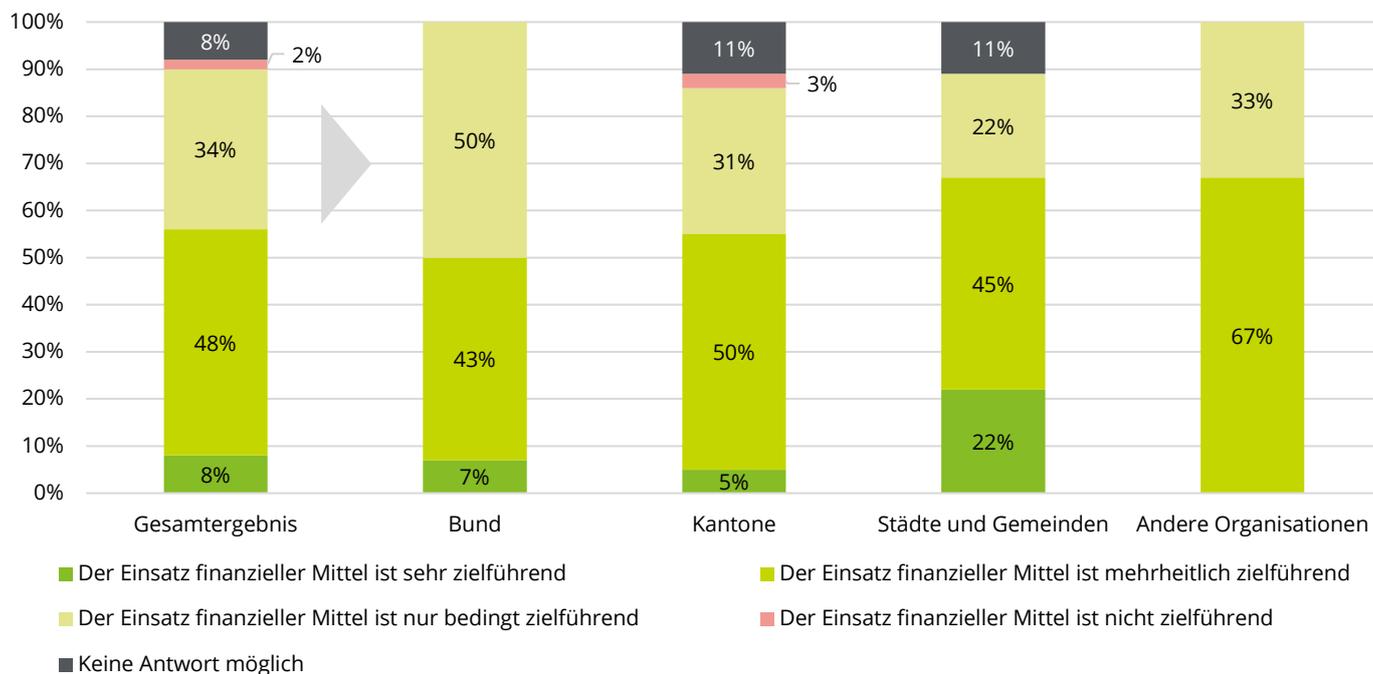


Abbildung 20: Einsatz der finanziellen Mittel<sup>58</sup>

### 3.4.2 Optimierungspotenzial

#### Zusammenarbeit der Gremien

Das Optimierungspotenzial in der Zusammenarbeit der Gremien der DVS lässt sich in zwei Hauptbereiche unterteilen.

Erstens wünschen sich viele Teilnehmende<sup>59</sup> eine klarere Definition und Kommunikation der Aufgaben und Arbeitsweise der Gremien. Dies soll dazu beitragen, dass ihre Rolle wirkungsorientierter gestaltet werden kann und die Teilnehmenden einen grösseren Mehrwert in der Zusammenarbeitsorganisation beitragen können. Insbesondere bei der Delegiertenversammlung ist der Nutzen für die Teilnehmenden basierend auf der Umfrage und den Vertiefungsgesprächen teilweise nicht immer klar ersichtlich (vgl. Kapitel 3.4.1). Einzelne Teilnehmende wünschen sich hier eine stärkere Rolle der Delegiertenversammlung (sowie der Delegierten selbst).

Zweitens besteht insbesondere im Hinblick auf die gewünschte verstärkte Steuerungsrolle der DVS (vgl. Kapitel 3.1.2) Optimierungspotenzial in der Abstimmung und Koordination zwischen den Gremien der DVS. Eine verstärkte Steuerungsrolle der DVS insgesamt würde eine starke und koordinierte Steuerung der bestehenden Gremien erfordern. Die Rollenverständnisse und Meinungsbildungsverfahren der Gremien müssten überprüft und bei Bedarf an die neue Rolle der DVS angepasst werden. Die Gremien der DVS selbst wurden im Rahmen der Evaluation nicht in Frage gestellt. Vielmehr geht es gemäss den Antworten der Umfrage und der Vertiefungsgespräche darum, den Zweck und den Nutzen der Gremien im Hinblick auf die Zielerreichung zu optimieren.

#### Einbezug der Gemeinwesen

Konkretes Optimierungspotenzial besteht in der systematischen Erhebung und Adressierung der Bedürfnisse und Anforderungen der Gemeinwesen. Insbesondere auf der kantonalen und kommunalen Ebene wird dies von einigen Teilnehmenden<sup>60</sup> gefordert und in den Vertiefungsgesprächen bestätigt. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die DVS für die Mehrheit der kantonalen Teilnehmenden (73%)<sup>61</sup> heute nur teilweise präsent ist. In der Umfrage und in den Vertiefungsgesprächen wird der Wunsch geäussert, dass die DVS aktiv auf die Gemeinwesen zugeht und auf Basis von systematischen Bedarfsanalysen die Steuerung sowie Planung von Projekten und Programmen steuern soll. Insbesondere von kantonalen und kommunalen Teilnehmenden wird dies aus unterschiedlichen Gründen gefordert, wobei vor allem der Investitionsschutz, die Erzielung von Skaleneffekten und die Nutzung von Synergien genannt werden. Der Investitionsschutz spielt eine zentrale Rolle, da eine transparente Gesamtsicht auf die laufenden und geplanten Projekte es ermöglicht, finanzielle Risiken zu minimieren und langfristige Investitionen besser abzusichern.

<sup>58</sup> Vgl. Frage 27 (siehe Anhang C; n=62). Die statistische Aussagekraft über Städte und Gemeinden ist aufgrund der Anzahl der Teilnehmenden (10) begrenzt. Unter «Andere Organisationen» werden die Rückmeldungen der Fachorganisationen (Verein eCH und eOperations Schweiz AG) sowie der Geschäftsstelle DVS zusammengefasst.

<sup>59</sup> Basiert auf nicht quantifizierbaren Antworten der Umfrage (vgl. Frage 23-24 Anhang C) und Vertiefungsgesprächen.

<sup>60</sup> Basiert auf nicht quantifizierbaren Antworten der Umfrage (vgl. Frage 26 Anhang C) und Vertiefungsgesprächen.

<sup>61</sup> Vgl. Frage 3 (siehe Anhang C).

### **Anpassung Rollenverständnis, Kompetenzen und fachliche Ressourcen der Geschäftsstelle**

In einigen Rückmeldungen der Umfrage<sup>62</sup> wird erwähnt, dass für die Erreichung der Ziele eine fachliche Rollen Anpassung der Geschäftsstelle der DVS erforderlich ist. Dies wird einerseits im Zusammenhang mit dem Wunsch nach einer stärkeren strategischen Steuerungsrolle der DVS geäußert (vgl. Kapitel 3.1.2) und andererseits im Hinblick auf eine vereinzelt gewünschte Erweiterung ihrer Aufgaben (vgl. Kapitel 3.2.3). In den Vertiefungsgesprächen wurde besonders die Bedeutung von fachlich versierten Rollen in der Geschäftsstelle der DVS betont, ebenso wie fachlichen Kompetenzen, welche die verschiedenen Sprachregionen der Schweiz abdecken können. Insbesondere personelle Ressourcen für eine verstärkte Wahrnehmung einer strategischen Steuerungsrolle in der Standardsetzung sind aktuell nicht ausreichend vorhanden. Die genannten Optimierungen der Geschäftsstelle sind nach aktuellem Wissensstand im bestehenden institutionellen Rahmen möglich und erfordern keine Anpassung der RV DVS.

### **Strategischer Einsatz finanzieller Mittel**

Einzelne Teilnehmende<sup>63</sup> der Städte und Gemeinden wünschen sich eine stärkere Berücksichtigung kommunaler Projekte bei der Verwendung der finanziellen Mittel. Demgegenüber sehen einige Teilnehmende<sup>64</sup> allerdings das Risiko einer Verzettlung, wenn der Fokus zu breit gefasst ist (vgl. Kapitel 3.4.1). Sie wünschen sich eine wirkungsorientierte Fokussierung der finanziellen Mittel auf strategisch relevante Themen. Die Vertiefungsgespräche bestätigen diese Aussage, heben jedoch hervor, dass ein zielführender Einsatz von finanziellen Mitteln eine klarere Steuerungsrolle der DVS bedingt (vgl. Kapitel 3.1.2).

## **3.4.3 Institutioneller Weiterentwicklungsbedarf**

### **Rollenanpassung der Gremien**

Einige Teilnehmende<sup>65</sup> weisen in der Umfrage und in den Vertiefungsgesprächen darauf hin, dass für die Wahrnehmung einer stärkeren Steuerungsrolle der DVS (vgl. Kapitel 3.1.2) möglicherweise eine Anpassung der Aufgaben, Zusammensetzung und Arbeitsweisen der Gremien notwendig ist. Im Unterschied zu den beschriebenen Optimierungen (vgl. Kapitel 3.4.2) erfordert eine Rollen Anpassung nach aktuellem Wissensstand eine Anpassung der RV DVS. Einzelne Gremien der DVS wurden im Rahmen der Evaluation nicht im Detail betrachtet.

Abhängig von der organisatorischen und staatsrechtlichen Ausgestaltung einer verbindlichen Standardsetzung besteht zusätzlicher Anpassungsbedarf der Rollenverständnisse, Zusammensetzung, Aufgaben und Arbeitsweisen der Gremien innerhalb der DVS. Eine Prüfung der organisatorischen und staatsrechtlichen Ausgestaltung ist jedoch nicht Teil der vorliegenden Evaluation.

---

<sup>62</sup> Basiert auf nicht quantifizierbaren Antworten der Umfrage (vgl. Frage 4, 11-13, 29-30 Anhang C) und Vertiefungsgesprächen.

<sup>63</sup> Basiert auf nicht quantifizierbaren Antworten der Umfrage (vgl. Frage 26-28 Anhang C) und Vertiefungsgesprächen.

<sup>64</sup> Basiert auf nicht quantifizierbaren Antworten der Umfrage (vgl. Frage 27-28 Anhang C) und Vertiefungsgesprächen.

<sup>65</sup> Basiert auf nicht quantifizierbaren Antworten der Umfrage (vgl. Frage 25-26 und 29-30 Anhang C) und Vertiefungsgesprächen.

## 4 Handlungsfelder

### 4.1 Bilanz Leistungsausweis

#### **Leitfrage**

Inwieweit hat die DVS als Zusammenarbeitsorganisation ihren Auftrag gemäss der RV DVS im Rahmen des institutionellen Status quo (Etappe 1) bisher erfüllen können?

Die DVS erfüllt ihren Auftrag gemäss RV DVS grundsätzlich mit einem bisher begrenzten Mehrwert für die Gemeinwesen. Sie operiert als politische Plattform zwischen und innerhalb der Staatsebenen, fördert gemeinsame Projekte und Initiativmassnahmen der drei Staatsebenen und ermöglicht die Mitsprache sowie Mitgestaltung der Gemeinwesen. Gleichzeitig hat die Evaluation gezeigt, dass die Erwartungshaltung der Gemeinwesen an die DVS bereits heute über diesen Auftrag hinausgeht. Zur Adressierung des weiterhin hohen Handlungsbedarfs zur Erfüllung der gemeinsamen Ziele wird das heutige Rollenverständnis der DVS als koordinierende politische Plattform als zu passiv und zu reaktiv für die Zielerfüllung erachtet.

Die DVS wird von allen Teilnehmenden für die Erfüllung der von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gesetzten Ziele zur digitalen Transformation der Verwaltung als notwendig erachtet. Der weitere Handlungsbedarf zur Zielerfüllung wird allerdings für alle Ziele als hoch bewertet. Es besteht dabei weder der Bedarf nach einer Fokussierung auf einzelne Ziele noch nach einer Erweiterung der bestehenden Ziele. Dieses starke Bekenntnis der Gemeinwesen unterstreicht den Bedarf nach föderaler Zusammenarbeit in der digitalen Transformation der Verwaltung. Das entgegengebrachte Vertrauen hat die DVS bereits in zwei der insgesamt neun für die digitale Transformation der Verwaltung zentralen Aufgaben bestätigt. Bei der «*Identifikation und dem Ausbau von Basisdiensten*» sowie bei der «*Festlegung eines gemeinsamen Zielbildes*» leistet die DVS bereits heute einen hohen Mehrwert für die Gemeinwesen.

In den weiteren sieben Aufgaben erfüllt die DVS hingegen heute noch nicht die Erwartungen der Gemeinwesen. Dies umfasst unter anderem die Förderungsrolle der DVS im Bereich Standardsetzung. Insbesondere auf kantonaler Ebene werden die heutigen Aktivitäten der DVS in diesem Bereich als zu wenig systematisch, zu wenig transparent und mit einem geringen Mehrwert für die akuten Bedürfnisse der Gemeinwesen eingeschätzt. Die Abstimmung von Leistungen der Projekte und Leistungen der DVS mit den sektoriellen Programmen und Organisationen wird von den Teilnehmenden als notwendig erachtet, jedoch als noch unzureichend erfüllt betrachtet. Die eher geringe Erfüllung von Förderungs- und Abstimmungsrollen spiegelt sich in der wenig wahrgenommenen Präsenz der DVS auf den Staatsebenen und in den sektoriellen Politikbereichen wider.

Die Evaluation der heutigen Zusammenarbeit der Gemeinwesen innerhalb der DVS liefert ein differenziertes Bild. Die DVS als Zusammenarbeitsorganisation ermöglicht eine föderale Mitsprache und Mitgestaltung, die insbesondere von Kantonen, Städten und Gemeinden mehrheitlich geschätzt wird. Die Rollen der verschiedenen Gremien hingegen sind für die Gemeinwesen teilweise unklar und liefern noch nicht die erhofften Mehrwerte in der Zusammenarbeit. Dies umfasst zu einem gewissen Grad den Einsatz von finanziellen Mitteln, der nicht ausreichend auf strategisch relevante Themen fokussiert ist. Insbesondere bei der gleichzeitigen Verteilung der finanziellen Mittel auf zu viele Projekte und Initiativmassnahmen wird das Risiko einer Verzettelung mit weniger Wirksamkeit gesehen.

### 4.2 Handlungsfelder Optimierungspotenzial

#### **Leitfrage**

Welche Verbesserungen sind im bestehenden institutionellen Rahmen (u.a. Verfassung, Gesetze, RV DVS) zur Erfüllung der von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam gesetzten Ziele zur digitalen Transformation der Verwaltung möglich und erforderlich?

Im Rahmen der Evaluation wurden fünf Handlungsfelder zur Optimierung der DVS im bestehenden institutionellen Rahmen identifiziert. Nach aktuellem Kenntnisstand der Evaluatorin können diese Handlungsfelder im bestehenden institutionellen Rahmen adressiert werden und erfordern somit keine institutionellen Anpassungen von Verfassung, Gesetzen oder der RV DVS.

#### **H1: Proaktives Rollenverständnis für eine strategische Steuerung der digitalen Transformation der Verwaltung**

Die Erwartungen der Gemeinwesen an die Rolle der DVS gehen über das heutige Rollenverständnis als politische Plattform zur Koordination der digitalen Transformation der Verwaltung hinaus. Auf allen Staatsebenen besteht der Bedarf und Wunsch, dass die DVS eine strategische Steuerungsrolle in der digitalen Transformation der Verwaltung über ihr heutiges Verständnis als koordinierende politische Plattform hinaus übernimmt. Dies umfasst ein proaktives Rollenverständnis mit Fokus auf Schlüsselbereiche, um auf Basis von systematischen Bedarfsanalysen der Gemeinwesen die Initialisierung, Planung und Steuerung von zentralen strategischen Projekten und Programmen voranzutreiben. Die Teilnehmenden erachten eine frühzeitige Kommunikation und transparente Übersicht zu laufenden und geplanten Initiativen und Projekten

der DVS in Abstimmung mit den Gemeinwesen als notwendig, um den Investitionsschutz für die Gemeinwesen zu erhöhen und zugleich Skaleneffekte sowie Synergien innerhalb und zwischen den Staatsebenen besser nutzen zu können.

## **H2: Strategische Fokussierung auf Aufgaben mit hohem zukünftigem Potenzial**

In Anbetracht der vielfältigen bestehenden Aufgaben der DVS wird auf allen Staatsebenen das Risiko einer Verzettelung der noch jungen Organisation wahrgenommen. Eine strategische Fokussierung der DVS auf ausgewählte Aufgaben, in denen die DVS ein hohes zukünftiges Potenzial verfügt, die digitale Transformation der Verwaltung mit Wirkung voranzutreiben, wird sowohl in der Umfrage als auch in den Vertiefungsgesprächen gewünscht und als erforderlich erachtet. Eine initiale Fokussierung kann aus Sicht der Evaluatorin vorrangig Aufgaben umfassen, in welchen die DVS bereits heute einen hohen Mehrwert für die Gemeinwesen bietet; namentlich die «*Festlegung eines gemeinsamen Zielbildes*» sowie die «*Identifikation und den Ausbau von Basisdiensten*». Ausgehend von diesen Aufgaben kann die DVS aus einer gefestigten Position den Mehrwert von weiteren Aufgaben mit hohem Potenzial erhöhen.

## **H3: Fachliche Fokussierung auf technische und semantische Standardisierung sowie auf die Förderung der rechtlichen Interoperabilität in den Bereichen Basisdienste und Daten**

Obwohl Standards über alle Staatsebenen hinweg als förderlich angesehen werden, bieten aus Sicht der Teilnehmenden nicht alle Standardarten denselben Mehrwert. Es braucht ein gemeinsames Verständnis darüber, welche Standards den grössten Mehrwert für die Zielerfüllung bieten und im Fokus der DVS stehen sollten. Die DVS sollte sich primär auf die technische und semantische Standardisierung sowie auf die Förderung der rechtlichen Interoperabilität in den Bereichen Basisdienste und Daten fokussieren. Diese bieten den grössten Mehrwert für die Gemeinwesen und haben eine strategische Hebelwirkung für die digitale Transformation der Verwaltung. Standards im Bereich Infrastruktur sollen differenziert betrachtet werden, während die Standardisierung von Fachanwendungen nur anwendungsbezogen im Fokus stehen sollte.

## **H4: Systematischer und partizipativer Ansatz in der Standardsetzung**

Neben einer Schärfung des fachlichen Fokus ist aus Sicht der Teilnehmenden eine systematischere Vorgehensweise in der Standardsetzung erforderlich. Insbesondere auf kantonaler Ebene werden die Aktivitäten der DVS im Bereich Standardsetzung heute als zu wenig systematisch, zu wenig transparent und mit geringem Mehrwert für die akuten Bedürfnisse der Gemeinwesen eingeschätzt. Um diese Anforderungen zu erfüllen, benötigt die DVS gemäss den Teilnehmenden einen strukturierten Ansatz in der Standardsetzung: Bedürfnisse und Anforderungen müssen über alle Staatsebenen systematisch erhoben, akuter Standardisierungsbedarf identifiziert und in strategisch relevanten Bereichen durch die DVS und mit relevanten Fachorganisationen (z.B. Verein eCH) adressiert sowie transparent kommuniziert werden. Ein systematischer Ansatz sollte aus Sicht der Evaluatorin eine Schärfung der Aufgabenteilung und Zusammenarbeit zwischen der DVS und den Fachorganisationen (insb. Verein eCH) umfassen (vgl. H5).

## **H5: Schärfung der Rollen, Aufgaben und Zusammenarbeit der Gremien**

Die Rollen der bestehenden Gremien (insb. Delegiertenversammlung) sind für die Teilnehmenden teilweise unklar und liefern noch nicht den erhofften Mehrwert zur Zielerreichung. Durch eine Schärfung der Rollen, bessere Kommunikation der Aufgaben und zweckmässigeren Einsatz der Gremien kann die Mitsprache und Mitgestaltung der Gemeinwesen aus Sicht der Evaluatorin verbessert werden. Für eine systematischere Vorgehensweise in der Standardsetzung ist zudem gemäss der Evaluatorin eine Anpassung der Aufgaben, fachliche Zusammensetzung sowie Arbeitsweisen der Geschäftsstelle allenfalls erforderlich. Dies kann eine Schärfung der Aufgabenteilung und Zusammenarbeit zwischen der DVS und den Fachorganisationen (insb. Verein eCH) in der Standardsetzung umfassen. Die Erfüllung des Bedarfs und Wunsches der Teilnehmenden nach einer stärkeren strategischen Steuerungsrolle der DVS würde gemäss der Evaluatorin den Anpassungsbedarf der Gremien zusätzlich erhöhen, insbesondere in Bezug auf die Meinungsbildungsprozesse sowie die fachliche Zusammensetzung der Delegiertenversammlung, Geschäftsstelle und Führungsgremien. Die Schärfung der Rollen kann nach aktuellem Kenntnisstand der Evaluatorin im bestehenden institutionellen Rahmen erreicht werden und erfordert somit keine Anpassungen von Verfassung, Gesetzen oder RV DVS.

## 4.3 Handlungsfelder institutioneller Weiterentwicklungsbedarf

### *Leitfrage*

Welche grundlegenden institutionellen Anpassungen (insb. verbindliche Standards) sind notwendig, um die gemeinsam gesetzten Ziele zu erreichen?

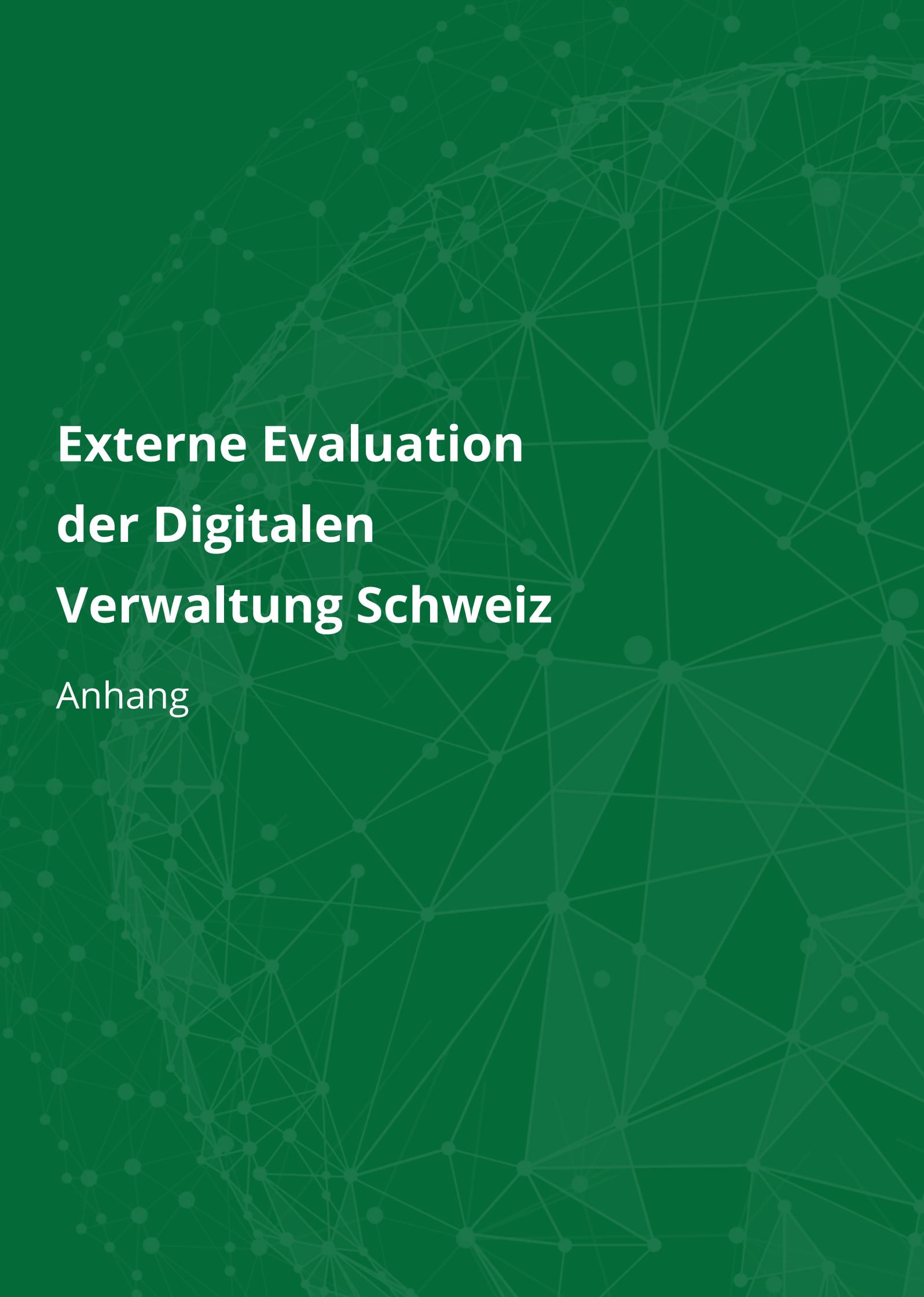
Im Rahmen der Evaluation wurde ein Handlungsfeld identifiziert, das grundlegende Anpassungen der bestehenden institutionellen Grundlagen (u.a. Verfassung, Gesetze, RV DVS) erfordert.

### **H6: Initiierung politische Meinungsbildung für eine verbindliche Standardsetzung**

Es besteht über alle Staatsebenen hinweg eine hohe Zustimmung zum Mehrwert von verbindlichen Standards (81%); knapp die Hälfte der Teilnehmenden (45%) erachtet diese zudem als notwendig. Die Initiierung der politischen Meinungsbildung für eine verbindliche Standardsetzung wird daher aus Sicht der Evaluatorin aufgrund der hohen Zustimmung der Fachebene in der Umfrage sowie in den Vertiefungsgesprächen empfohlen und sollte unabhängig von den weiteren Optimierungen der DVS im bestehenden institutionellen Rahmen erfolgen.

Für die organisatorische und staatsrechtlichen Ausgestaltung einer verbindlichen Standardsetzung gilt es aus Sicht der Evaluatorin weitere fachliche und prozedurale Anforderungen der Gemeinwesen zu berücksichtigen. Einerseits kann eine Fokussierung der verbindlichen Standardsetzung auf technische und semantische Standards in den Bereichen Basisdienste und Daten die Akzeptanz von verbindlichen Standards erhöhen. Andererseits wird die Zustimmung zu einer verbindlichen Standardsetzung von vielen Teilnehmenden an einen transparenten und systematischen Einbezug der Gemeinwesen geknüpft (vgl. H4).

Abhängig von der organisatorischen und staatsrechtlichen Ausgestaltung einer verbindlichen Standardsetzung könnte gemäss der Evaluatorin ein zusätzlicher institutioneller Weiterentwicklungsbedarf hinsichtlich der Rollenverständnisse, Zusammensetzung, Aufgaben und Arbeitsweisen der Gremien innerhalb der DVS entstehen und eine institutionelle Anpassung erfordern (insb. RV DVS). Eine Prüfung der organisatorischen und staatsrechtlichen Ausgestaltung einer verbindlichen Standardsetzung ist jedoch nicht Teil der vorliegenden Evaluation.



# **Externe Evaluation der Digitalen Verwaltung Schweiz**

Anhang

## Anhang A: Übersicht Themenblöcke Umfrage

<b>Gesamtumfrage</b> «Fachliche Innensicht» <i>OFG, Delegiertenversammlung DVS, Geschäftsstelle DVS</i>	<b>Kurzumfrage I</b> «Sektorielle Aussensicht» <i>GS Bundesdepartemente, GS Direktorenkonferenzen</i>	<b>Kurzumfrage II</b> «Institutionelle Aussensicht» <i>Präsident SSK</i>	<b>Kurzumfrage III</b> «Operative Aussensicht» <i>Vorstand Verein eCH, VR eOperations</i>
1 Einleitende Fragen (3 Fragen)	■	■	■
2 Strategische Schwerpunkte (2 Fragen)	■	■	■
3 Standardentwicklung und Verbindlichkeit (5 Fragen)	■	■	■
4 Übergeordnete Aufgaben (3 Fragen)	▨	▨	▨
5 Sektorielle Abstimmung (5 Fragen)	▨	■	■
6 Staatsebenenübergreifende Koordination (2 Fragen)	■	▨	■
7 Standardisierung, Harmonisierung, Interoperabilität und Nutzung gemeinsamer Lösungen in Zusammenarbeit mit den Fachorganisationen (2 Fragen)	■	■	▨
8 Basisdienste und elektronischen Dienstleistungen (2 Fragen)	■	■	▨
9 Zusammenarbeit (2 Fragen)	■	■	■
10 Finanzierung (2 Fragen)	■	■	■
11 Abschliessende Gesamteinschätzung und offene Rückmeldung (2 Fragen)	■	■	■

■ Themenblock auf die Aussensicht gespiegelt

▨ Themenblock adressatengerecht angepasst

■ Nicht Teil der Aussensicht

Abbildung 21: Übersicht Themenblöcke Umfrage

## Anhang B: Evaluationsmatrix

Die folgende Evaluationsmatrix zeigt die methodische Zuordnung der Themenblöcke der Umfrage mit denen des vorliegenden Evaluationsberichtes auf.

Gesamtumfrage 11 Themenblöcke, 30 Fragen	Ziele	Aufgaben	Standardisierung und Verbindlichkeit	Zusammenarbeit und Ressourcen
1 Einleitende Fragen (3 Fragen)	Diagonal schraffiert	Diagonal schraffiert	Leeres Feld	Diagonal schraffiert
2 Strategische Schwerpunkte (2 Fragen)	Grün	Diagonal schraffiert	Leeres Feld	Leeres Feld
3 Standardentwicklung und Verbindlichkeit (5 Fragen)	Leeres Feld	Leeres Feld	Grün	Leeres Feld
4 Übergeordnete Aufgaben (3 Fragen)	Diagonal schraffiert	Grün	Leeres Feld	Diagonal schraffiert
5 Sektorielle Abstimmung (5 Fragen)	Leeres Feld	Grün	Diagonal schraffiert	Diagonal schraffiert
6 Staatsebenenübergreifende Koordination (2 Fragen)	Leeres Feld	Grün	Diagonal schraffiert	Diagonal schraffiert
7 Standardisierung, Harmonisierung, Interoperabilität und Nutzung gemeinsamer Lösungen in Zusammenarbeit mit den Fachorganisationen (2 Fragen)	Leeres Feld	Grün	Grün	Leeres Feld
8 Basisdienste und elektronischen Dienstleistungen (2 Fragen)	Leeres Feld	Grün	Grün	Leeres Feld
9 Zusammenarbeit (2 Fragen)	Diagonal schraffiert	Diagonal schraffiert	Leeres Feld	Grün
10 Finanzierung (2 Fragen)	Diagonal schraffiert	Diagonal schraffiert	Leeres Feld	Grün
11 Abschliessende Gesamteinschätzung und offene Rückmeldung (2 Fragen)	Grün	Diagonal schraffiert	Leeres Feld	Diagonal schraffiert

 Daten umfassend eingeflossen	 Daten teilweise eingeflossen	 Daten nicht eingeflossen
--	--	--

Abbildung 22: Evaluationsmatrix: Themenblöcke Umfrage und Evaluationsbericht

## Anhang C: Fragekatalog

### Themenblock 1 | Einleitende Fragen (3 Fragen)

Dieser Themenblock beinhaltet einleitende Fragen zu Ihrer allgemeinen Vertrautheit und Wahrnehmung der DVS.

**Frage 1:** Bitte teilen Sie uns Ihre persönlichen Angaben mit.  
(Anrede, Nachname, Vorname, Organisation, Kategorie Ihrer Organisation, E-Mailadresse)

*Hinweis:* Ihre persönlichen Angaben sind nicht Teil der Evaluation und werden nicht im Evaluationsbericht aufgeführt. Die Angaben werden ausschliesslich für allfällige Rückfragen seitens der Evaluatorin erhoben.

**Frage 2:** Inwieweit sind Sie mit der DVS **vertraut**?  
*Antwortmöglichkeiten:* Sehr gut mit der DVS vertraut; Gut mit der DVS vertraut; Mit der DVS einigermassen vertraut; Kein nennenswertes Vorwissen; Keine Antwort möglich

**Frage 3:** Wie **präsent** nehmen Sie die DVS in Ihrem Aufgabenbereich wahr?  
*Antwortmöglichkeiten:* Die DVS ist sehr präsent; Die DVS ist teilweise präsent; Die DVS ist nur wenig präsent; Die DVS ist nicht präsent; Keine Antwort möglich

### Themenblock 2 | Strategische Schwerpunkte der digitalen Transformation (2 Fragen)

Dieser Themenblock beinhaltet Fragen zu den sechs strategischen Schwerpunkten, wie sie in der Strategie DVS 2024-2027 definiert sind. Die sechs strategischen Schwerpunkte konkretisieren für die kommenden Jahre die von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam gesetzten Ziele zur digitalen Transformation der Verwaltung. Wir möchten Ihre Einschätzung abholen, ob die Gemeinwesen bei der Umsetzung der strategischen Schwerpunkte **auf Kurs** sind, wo **weiterer Handlungsbedarf** besteht und ob es künftig **weitere** strategische Schwerpunkte braucht.

**Frage 4:** Wie schätzen Sie den grundsätzlichen **weiteren Handlungsbedarf je strategischen Schwerpunkt**, d.h. die **Notwendigkeit zusätzlicher Massnahmen im Vergleich zu den laufenden und geplanten Aktivitäten der gesamten Gemeinwesen**, zur Erfüllung der von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam gesetzten Ziele ein?  
*Antwortmöglichkeiten [je Schwerpunkt]:* Sehr geringer weiterer Handlungsbedarf; Eher geringer weiterer Handlungsbedarf; Eher hoher weiterer Handlungsbedarf; Sehr hoher weiterer Handlungsbedarf; Keine Antwort möglich, Begründung für Ihre Einschätzung und erforderliche Massnahmen

**Frage 5:** Sehen Sie **weitere strategische Schwerpunkte**, die **künftig** für die digitale Transformation der Verwaltung adressiert werden sollten? Wenn ja, welche?  
*Antwortmöglichkeit:* Freitext

### Themenblock 3 | Standardentwicklung und Verbindlichkeit (5 Fragen)

Dieser Themenblock beinhaltet Fragen zur Standardentwicklung. Wir möchten Ihre Einschätzung abholen, welche **Arten von Standards** in der föderalen Zusammenarbeit (**auch unabhängig von der DVS**) bei der Standardentwicklung für die digitalen Transformation der Verwaltung im Fokus stehen sollten, und wie Sie die grundsätzliche **Notwendigkeit von verbindlichen Standards** für alle Gemeinwesen zur Erfüllung der von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam gesetzten Ziele zur digitalen Transformation der Verwaltung einschätzen (**auch unabhängig von der organisatorischen oder staatsrechtlichen Ausgestaltung dieser Kompetenz**). Zudem interessieren Bereiche und Anwendungsfälle, bei denen **hohe Dringlichkeit für die Standardisierung** besteht.

**Frage 6:** Auf welche **Arten von Standards** sollte die föderale Zusammenarbeit bei der Standardentwicklung für die digitale Transformation der Verwaltung ihren Fokus setzen?  
*Antwortmöglichkeiten [je Art von Standard]:* Sollten generell in einem besonderen Fokus stehen; Sollten differenziert/anwendungsbezogen im Fokus stehen; Sollten nur gering im Fokus stehen; Sollten nicht im Fokus stehen; Keine Antwort möglich; Nennung von Bereichen und konkreten Anwendungsfällen mit dringlichem Standardisierungsbedarf

**Frage 7:** Auf welche **Arten von Interoperabilität** sollte die föderale Zusammenarbeit bei der Standardentwicklung für die digitale Transformation der Verwaltung ihren Fokus setzen?  
*Antwortmöglichkeiten [je Art von Interoperabilität]:* Sollten generell in einem besonderen Fokus stehen; Sollten differenziert/anwendungsbezogen im Fokus stehen; Sollten nur gering im Fokus stehen; Sollten nicht im Fokus stehen; Keine Antwort möglich; Nennung von Bereichen und konkreten Anwendungsfällen mit dringlichem Handlungsbedarf zur Verbesserung der Interoperabilität

**Frage 8:** Inwieweit bieten **Standards (unabhängig von der Verbindlichkeit)** zur Erfüllung der von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam gesetzten Ziele zur digitalen Transformation der Verwaltung einen Mehrwert?  
*Antwortmöglichkeiten:* Standards bieten einen grossen Mehrwert zur Zielerfüllung; Standards bieten in den meisten Fällen einen Mehrwert zur Zielerfüllung; Standards bieten in Einzelfällen einen Mehrwert zur Zielerfüllung; Standards bieten keinen Mehrwert zur Zielerfüllung; Keine Antwort möglich; Begründung für Ihre Einschätzung

**Frage 9:** Inwieweit sind **verbindliche Standards** für alle Gemeinwesen bei **Vollzug von Bundesrecht** zur Erfüllung der von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam gesetzten Ziele zur digitalen Transformation der Verwaltung notwendig?  
*Antwortmöglichkeiten:* Verbindliche Standards sind für den Vollzug von Bundesrecht notwendig; Verbindliche Standards sind für den Vollzug von Bundesrecht förderlich, aber nicht notwendig; Verbindliche Standards sind nur in wenigen Einzelfällen für den Vollzug von Bundesrecht notwendig; Verbindliche Standards sind für den Vollzug von Bundesrecht nicht notwendig; Keine Antwort möglich; Begründung für Ihre Einschätzung

**Frage 10:** Inwieweit sind **verbindliche Standards für alle Gemeinwesen** auch beim Vollzug von kantonalem und kommunalem Recht zur Erfüllung der von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam gesetzten Ziele zur digitalen Transformation der Verwaltung notwendig?  
*Antwortmöglichkeiten:* Verbindliche Standards für alle Gemeinwesen sind notwendig; Verbindliche Standards für alle Gemeinwesen sind förderlich, aber nicht notwendig; Verbindliche Standards für alle Gemeinwesen sind nur in Einzelfällen notwendig; Verbindliche Standards für alle Gemeinwesen sind nicht notwendig; Keine Antwort möglich; Begründung für Ihre Einschätzung

#### Themenblock 4 I Übergeordnete Aufgaben (3 Fragen)

Dieser Themenblock beinhaltet Fragen zu den übergeordneten Aufgaben der DVS, wie sie in der Ziffer 4.2, Abs. 1, lit. a bis i der öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung (RV) beschrieben sind. Wir möchten Ihre Beurteilung zum Mehrwert der Aufgaben für die digitale Transformation der Gemeinwesen abholen und erfahren, wo Verbesserungspotenzial besteht und auf welche weiteren Aufgabenbereiche die DVS ihren zukünftigen Fokus ausweiten soll.

**Frage 11:** In welchen Aufgabenbereichen gemäss Ziffer 4.2, Abs. 1, lit. a bis i RV leistet die DVS für die digitale Transformation der Gemeinwesen **bereits heute** einen spürbaren Mehrwert?  
*Antwortmöglichkeiten [Je Aufgabenbereich]:* Hoher Mehrwert; Geringer Mehrwert; Kein Mehrwert; Keine Antwort möglich; Begründung und Nennung von konkreten Leistungen mit hoher Dringlichkeit für die Gemeinwesen

**Frage 12:** Wie bewerten sie das Potenzial der DVS, zukünftig in ihren Aufgabenbereichen gemäss Ziffer 4.2, Abs. 1, lit. a bis i RV eine spürbare Wirkung für die digitale Transformation der Gemeinwesen zu erzielen?  
*Antwortmöglichkeiten [Je Aufgabenbereich]:* Hohes Potenzial; Geringes Potenzial; Kein Potenzial; Keine Antwort möglich; Nennung von Verbesserungsvorschlägen für eine wirkungsvolle Aufgabenerfüllung

**Frage 13:** Auf welche weiteren Aufgabenbereiche sollte die föderale Zusammenarbeit zur digitalen Transformation der Verwaltung **zukünftig** ihren Fokus setzen? (Mehrfachantworten möglich)  
*Antwortmöglichkeiten:* Keine Ausweitung der bestehenden Aufgaben; Beratungsaufgaben (z.B. UX-Beratung, rechtliche Beratung, Projektmanagement); Umsetzungsaufgaben (z.B. Entwicklung gemeinsamer Anwendungen, Prozesse, Projektführung); Betriebsaufgaben (z.B. Betriebsverantwortung, Betriebsfinanzierung, Leistungsbeauftragung); Andere; Keine Antwort möglich

#### Themenblock 5 I Sektorielle Abstimmung (5 Fragen)

Dieser Themenblock beinhaltet Fragen zur Abstimmung der DVS zwischen den Leistungen und Projekte der DVS mit Programmen und Organisationen der sektoriellen Politikbereiche (vgl. Ziffer 4.1, Abs. 6 Rahmenvereinbarung DVS). Wir möchten Ihre Einschätzung abholen, ob die DVS ihre **Abstimmungsrolle** wahrnimmt, wie Sie die Notwendigkeit der Abstimmung beurteilen, wie die DVS diese zukünftig **verbessern** kann und ob bestimmte **Querschnittsthemen** oder **Politikbereiche** zukünftig im Fokus stehen sollten.

**Frage 14:** Inwieweit nimmt die DVS ihre **Abstimmungsrolle** gemäss Ziffer 4.1, Abs. 6 RV mit sektorspezifischen Programmen und Organisationen bedarfsgerecht wahr?  
*Antwortmöglichkeiten:* Die DVS nimmt die Abstimmungsrolle sehr gut wahr und bietet einen hohen Mehrwert; Die DVS nimmt die Abstimmungsrolle unzureichend wahr, bietet aber einen grossen potenziellen Mehrwert; Die DVS nimmt die

sektorielle Abstimmungsrolle unzureichend wahr und bietet keinen potenziellen Mehrwert; Keine Antwort möglich; Begründung der Bewertung der Abstimmungsrolle und zur Definition des Mehrwerts

**Frage 15:** Wie schätzen Sie die **Notwendigkeit der Abstimmung** von Projekten und Leistungen der DVS mit Programmen und Organisationen der sektoriellen Politikbereiche ein?

*Antwortmöglichkeiten:* Die sektorielle Abstimmung ist grundsätzlich notwendig; Die sektorielle Abstimmung ist in bestimmten Sektoren notwendig; Die sektorielle Abstimmung ist förderlich, aber nicht notwendig; Die sektorielle Abstimmung ist nicht notwendig; Keine Antwort möglich; Begründung für Ihre Einschätzung

**Frage 16:** Welche **Querschnittsthemen** sollten bei der Abstimmung mit Programmen und Organisationen in fachlichen Sektoren im Fokus stehen?

*Antwortmöglichkeiten:* Freitext

**Frage 17:** Wie schätzen Sie das Potenzial einer **künftig engeren Abstimmung** zwischen der DVS und den folgenden Politikbereichen ein?

*Antwortmöglichkeiten [Je Politikbereich (Justiz, Sicherheit und Polizei; Gesundheit; Soziales; Wirtschaft; Finanzen; Bildung; Verkehr; Umwelt und Energie; Kommunikation)]:* Sehr hohes Potenzial; Eher hohes Potenzial; Eher geringes Potenzial; Sehr geringes Potenzial; Keine Antwort möglich; Nennung von konkreten Anwendungsfällen mit hohem Handlungs- und Abstimmungsbedarf

**Frage 18:** Wie sollte die DVS ihre Abstimmungsrolle gemäss Ziffer 4.1, Abs. 6 RV mit sektorspezifischen Programmen und Organisationen **zukünftig verbessern**?

*Antwortmöglichkeiten:* Freitext

#### **Themenblock 6 | Staatsebenen-übergreifende Koordination** (2 Fragen)

Dieser Themenblock beinhaltet Fragen zur staatsebenen-übergreifende Koordination der digitalen Transformation durch die DVS (vgl. Ziffer 4.1, Abs. 1 Rahmenvereinbarung DVS). Wir möchten Ihre Einschätzung abholen, ob die DVS ihre **Koordinationsrolle** wahrnimmt und wie sie diese zukünftig **verbessern** kann.

**Frage 19:** **Inwieweit** nimmt die DVS ihre staatsebenen-übergreifende Koordinationsrolle gemäss Ziffer 4.1, Abs. 1 RV wahr?

*Antwortmöglichkeiten:*

Slider 1: Die DVS leistet mit der staatsebenen-übergreifende Steuerung der digitalen Transformation einen grossen Mehrwert (1 = Stimme überhaupt nicht zu; 10 = Stimme voll und ganz zu)

Slider 2: Die DVS ermöglicht eine umfassende Mitsprache und Mitgestaltung bei der digitalen Transformation der Verwaltung (1 = Stimme überhaupt nicht zu; 10 = Stimme voll und ganz zu)

**Frage 20:** Wie sollte die DVS ihre staatsebenen-übergreifende Koordination gemäss Ziffer 4.1, Abs. 1 RV **zukünftig verbessern**?

*Antwortmöglichkeiten:* Freitext

#### **Themenblock 7 | Standardisierung, Harmonisierung, Interoperabilität und Nutzung gemeinsamer Lösungen in Zusammenarbeit mit den Fachorganisationen (Verein eCH und der eOperations Schweiz AG)** (2 Fragen)

Dieser Themenblock beinhaltet Fragen zur Förderung von Standardisierung, Harmonisierung, Interoperabilität und Nutzung gemeinsamer Lösungen in Zusammenarbeit mit den Fachorganisationen (vgl. Ziffer 4.2, Abs. 1, lit. c Rahmenvereinbarung DVS). Wir möchten Ihre Einschätzung abholen, ob die DVS ihre **Förderungsrolle** in diesen Bereichen wahrnimmt.

**Frage 21:** **Inwieweit** leistet die DVS heute in ihre Förderungsrolle gemäss Ziffer 4.2, Abs. 1, lit. c RV in Zusammenarbeit mit dem Verein eCH in den Bereichen **Standardisierung und Harmonisierung** einen Mehrwert für die digitale Transformation der Verwaltung?

*Antwortmöglichkeiten:* Die DVS nimmt die Förderungsrolle sehr gut wahr und bietet einen hohen Mehrwert; Die DVS nimmt die Förderungsrolle unzureichend wahr, bietet aber einen grossen potenziellen Mehrwert; Die DVS nimmt die Förderungsrolle unzureichend wahr und bietet keinen potenziellen Mehrwert; Keine Antwort möglich; Nennung von Verbesserungsvorschlägen zur Optimierung der Förderungsrolle

**Frage 22:** **Inwieweit** leistet die DVS heute in ihre Förderungsrolle gemäss Ziffer 4.2, Abs. 1, lit. c RV in Zusammenarbeit mit den Fachorganisationen (z.B. eCH / eOperations) in den Bereichen **Interoperabilität und Nutzung gemeinsamer Lösungen** durch **mehrere Verwaltungsstellen** einen Mehrwert für die digitale Transformation der Verwaltung?

*Antwortmöglichkeiten:* Die DVS nimmt die Förderungsrolle sehr gut wahr und bietet einen hohen Mehrwert; Die DVS nimmt die Förderungsrolle unzureichend wahr, bietet aber einen grossen potenziellen Mehrwert; Die DVS nimmt die

Förderungsrolle unzureichend wahr und bietet keinen potenziellen Mehrwert; Keine Antwort möglich; Nennung von Verbesserungsvorschlägen zur Optimierung der Förderungsrolle

#### Themenblock 8 | Basisdienste und elektronischen Dienstleistungen (2 Fragen)

Dieser Themenblock beinhaltet Fragen zum Aufbau von Basisdiensten und zur Förderung von elektronischen Dienstleistungen mit hohem Skalierungspotenzial (vgl. Ziffer 4.2, Abs. 1, lit. b Rahmenvereinbarung DVS). Wir möchten Ihre Einschätzung abholen, ob die DVS ihre **Förderungsrolle** in diesen Bereichen wahrnimmt und wie sie diese zukünftig **verbessern** kann. Zudem interessieren Bereiche und Anwendungsfälle, bei denen **hohe Dringlichkeit zum Aufbau von Basisdiensten** besteht

**Frage 23:** Inwieweit nimmt die DVS ihre **Förderungsrolle** gemäss Ziffer 4.2, Abs. 1, lit. b RV in den Bereichen **Basisdienste und elektronische Dienstleistungen** mit hohem Skalierungspotenzial wahr?

*Antwortmöglichkeiten:* Die DVS nimmt die Förderungsrolle sehr gut wahr und bietet einen hohen Mehrwert; Die DVS nimmt die Förderungsrolle unzureichend wahr, bietet aber einen grossen potenziellen Mehrwert; Die DVS nimmt die Förderungsrolle unzureichend wahr und bietet keinen potenziellen Mehrwert; Keine Antwort möglich; Nennung von konkreten Basisdiensten oder Anwendungsfällen mit hohem Handlungs- oder Abstimmungsbedarf

**Frage 24:** Wie sollte die DVS die **Förderungsrolle** gemäss Ziffer 4.2, Abs. 1, lit. b RV in den Bereichen Basisdienste und elektronische Dienstleistungen mit hohem Skalierungspotenzial **zukünftig verbessern**?

*Antwortmöglichkeiten:* Freitext

#### Themenblock 9 | Zusammenarbeit (2 Fragen)

Dieser Themenblock beinhaltet Fragen zur Zusammenarbeit der Gemeinwesen innerhalb der DVS als Zusammenarbeitsorganisation. Wir möchten Ihre Beurteilung zur Zusammenarbeit der Gemeinwesen mit der DVS als Zusammenarbeitsorganisation abholen und erfahren, wo Verbesserungspotenzial besteht.

**Frage 25:** Wie bewerten Sie die **Zweckmässigkeit und den Mehrwert** der **Zusammenarbeit** der Gemeinwesen **innerhalb der DVS** zur Erfüllung der von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam gesetzten Ziele **heute**?

*Antwortmöglichkeiten:*

Slider 1: Die Zusammenarbeit insgesamt innerhalb der DVS als **Zusammenarbeitsorganisation** funktioniert gut und bietet einen Mehrwert zur Zielerfüllung (1 = Stimme überhaupt nicht zu; 10 = Stimme voll und ganz zu)

Slider 2: Die Rollen der **Gremien** (politisches und operatives Führungsgremium) der DVS sind klar und bieten einen Mehrwert zur Zielerfüllung (1 = Stimme überhaupt nicht zu; 10 = Stimme voll und ganz zu)

Slider 3: Die Rolle der **Delegiertenversammlung** der DVS ist klar und bietet einen Mehrwert zur Zielerfüllung (1 = Stimme überhaupt nicht zu; 10 = Stimme voll und ganz zu)

Slider 4: Die Rolle der **Geschäftsstelle** der DVS ist klar und bietet einen Mehrwert zur Zielerfüllung (1 = Stimme überhaupt nicht zu; 10 = Stimme voll und ganz zu)

Slider 5: Die Rollen der **Arbeitsgruppen** der DVS sind klar und bieten einen Mehrwert zur Zielerfüllung (1 = Stimme überhaupt nicht zu; 10 = Stimme voll und ganz zu)

Slider 6: Die Rollen der **Leistungsverantwortlichen** der DVS sind klar und bieten einen Mehrwert zur Zielerfüllung (1 = Stimme überhaupt nicht zu; 10 = Stimme voll und ganz zu)

**Frage 26:** Wie kann die Zusammenarbeit der Gemeinwesen innerhalb der DVS verbessert werden, damit Bund Kantone, Gemeinden und Städte die Ziele **besser** erfüllen können?

*Antwortmöglichkeiten:* Freitext

#### Themenblock 10 | Finanzierung (2 Fragen)

Dieser Themenblock beinhaltet Fragen zur Finanzierung der DVS. Wir möchten Ihre Einschätzung zur Zweckmässigkeit der Finanzierung der DVS und Ihre Beurteilung des Prozesses der Mittelzuteilung abholen und erfahren, wie diese **optimiert** werden können. Finanzierungsmechanismen sind **nicht** Teil der Evaluation.

**Frage 27:** Werden die finanziellen Mittel der DVS heute so eingesetzt, dass die von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam gesetzten Ziele zur digitalen Transformation der Verwaltung bestmöglich erreicht werden können?

*Antwortmöglichkeiten:* Der Einsatz finanzieller Mittel sehr zielführend; Der Einsatz finanzieller Mittel ist mehrheitlich zielführend; Der Einsatz finanzieller Mittel ist nur bedingt zielführend; Der Einsatz finanzieller Mittel ist nicht zielführend; Keine Antwort möglich; Begründung für Ihre Einschätzung

**Frage 28:** Wie kann der **Einsatz finanzieller Mittel** der DVS für die Erfüllung heutiger und zukünftiger Ziele und Aufgaben **optimiert** werden?  
*Antwortmöglichkeiten:* Freitext

**Themenblock 11 | Abschliessende Gesamteinschätzung und offene Rückmeldung (2 Fragen)**

Dieser Themenblock beinhaltet eine abschliessende Frage zur Gesamtbetrachtung der DVS mit Blick auf deren Notwendigkeit und Mehrwert zur Erfüllung der von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam gesetzten Ziele. Dieser Themenblock beinhaltet eine weitere Frage, wo Sie weitere Themen platzieren können, die nicht im Rahmen der Umfrage behandelt wurden.

**Frage 29:** Wie bewerten Sie grundsätzlich die **Notwendigkeit** und den **Mehrwert** der **DVS** zur Erfüllung der von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam gesetzten Ziele **heute und in Zukunft**?  
*Antwortmöglichkeiten:* Die DVS ist notwendig und bietet in ihrer heutigen Form einen Mehrwert; Die DVS ist notwendig, kann aber in ihrer heutigen Form keinen nennenswerten Mehrwert bieten; Die DVS ist nicht notwendig und bietet keinen Mehrwert; Keine Antwort möglich; Begründung der Bewertung und Definition des Mehrwerts

**Frage 30** Gibt es **weitere Themen**, die im Rahmen der Umfrage nicht behandelt wurden, aber im Rahmen der externen Evaluation berücksichtigt werden sollten?  
*Antwortmöglichkeiten:* Freitext